



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

PARTEIENMONITOR

Benjamin Höhne

## DIE LINKE

Entwicklungsperspektiven zwischen  
Extremismus, Populismus und Regie-  
rungspragmatismus





# DIE LINKE

Entwicklungsperspektiven zwischen Extremismus,  
Populismus und Regierungspragmatismus

**Benjamin Höhne**

**Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

# ClimatePartner<sup>o</sup>

## klimanneutral

Druck | ID: 53323-1605-1040



Urheber:  
Benjamin Höhne

Herausgeberin:  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2016, Sankt Augustin/Berlin



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 Deutschland“, CC BY-SA 4.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/>).

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Satz: Janine Höhle, ZKM/Konrad-Adenauer-Stiftung.  
Umschlagfoto: KAS: Werbemittel der Thüringer Linken 2014.  
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-216-0

## INHALT

<b>5</b>		<b>DAS WICHTIGSTE KOMPAKT</b>	
<b>7</b>		<b>EINLEITUNG: WOHIN NACH GYSI?</b>	
<b>12</b>		<b>DIE LINKE IM BUND</b>	
		Experiment Fraktionstandem: keine Richtungs- entscheidung vor der nächsten Wahl .....	<b>12</b>
		Machttektonik einer gespaltenen Partei .....	<b>15</b>
<b>32</b>		<b>LINKE LANDESPOLITIK</b>	
<b>36</b>		<b>LINKE VORFELDORGANISATIONEN</b>	
<b>40</b>		<b>LINKE ZUKUNFTSSZENARIEN</b>	
		Durchwursteln .....	<b>42</b>
		Konsolidierung und Neuprofilierung .....	<b>44</b>
		Spaltung und Bedeutungsverlust .....	<b>45</b>
<b>48</b>		<b>FAZIT</b>	
<b>51</b>		<b>LITERATUR</b>	
<b>62</b>		<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	
<b>64</b>		<b>DER AUTOR</b>	
<b>64</b>		<b>ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG</b>	



## DAS WICHTIGSTE KOMPAKT

- Die derzeitige Ruhe in der Partei seit der Übernahme des Vorsitzes der Bundestagsfraktion durch die Doppelspitze Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch deutet nicht auf einen Ausgleich zwischen dem dogmatischen und dem pragmatischen Flügel hin, sondern auf programmatische Ratlosigkeit sowie einen Burgfrieden angesichts zahlreicher Landtagswahlen und der kommenden Bundestagswahl.
- Das Konzept der „Kümmerer-Partei“ hat sich überlebt, das Wählerreservoir ist weitgehend ausgeschöpft. Neue zukunftsweisende Konzepte sind nicht in Sicht.
- Das organisatorische, personelle und finanzielle Ungleichgewicht zwischen den Landesverbänden in den alten und den neuen Bundesländern bleibt bestehen. DIE LINKE wird auch weiterhin ein ostdeutsches Profil aufweisen und mittelfristig vom demografischen Wandel geschwächt.
- Das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN im deutschen Parteiensystem als selbsterklärte Alternative zu den „Etablierten“, das u.a. auf dem Streben nach einem Wechsel des Wirtschaftssystems fußt, wird zweifach bedroht. Auf der einen Seite konkurriert DIE LINKE mit der AfD um Protestwähler. Auf der anderen Seite wirken sich die Regierungsbeteiligungen mäßigend auf die Programmatik der Partei aus.
- Der pragmatische Flügel strebt Regierungsbeteiligungen auf allen Ebenen an. Sollten sich die Pragmatiker auf der Bundesebene durchsetzen, ist jedoch nicht mit einer Regierungsbeteiligung zu rechnen. Das größte Hemmnis ist die Außen- und Sicherheitspolitik. Der Pazifismus ist trotz einiger Relativierungen flügelübergreifend anerkannt und stellt große Ansprüche an potenzielle Koalitionäre, die über Auslandseinsätze, Waffenlieferungen und dergleichen entscheiden müssen. Auf der Landesebene stellen sich diese Fragen nicht.

- Der dogmatische Flügel ist heterogener als der pragmatische und weniger kooperationsfähig. Seine innerparteiliche Schlagkraft sollte deshalb nicht überschätzt werden.
- Der Einfluss der Partei DIE LINKE auf linke Bewegungen und umgekehrt ist geringer als mitunter angenommen. Grund sind Differenzen zwischen Politikverständnis und -gestaltung. Beispielsweise wäre die Mitarbeit in einer Partei für viele aus sozialen Bewegungen aufgrund der hierarchischen Funktionsweise eines Parteiapparats schlichtweg unvorstellbar.



## Einleitung: Wohin nach Gysi?

Im September 2015 brachte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Nachricht, die eigentlich gar keine sein dürfte. Sie schrieb: „Linke-Fraktion folgt Gysi“.<sup>1</sup> Warum eine parlamentarische Selbstverständlichkeit – Abgeordnete folgen ihrem Chef – dennoch mediales Echo findet, erklärt sich aus dem inneren Zustand dieser Partei. Dem Fraktionsvorsitzenden war es ein letztes Mal vor seinem selbstgewählten Abschied aus der ersten Reihe der Politik<sup>2</sup> gelungen, seine notorisch uneinigen, dafür aber streiterprobten Genossinnen und Genossen im Deutschen Bundestag auf eine gemeinsame Linie einzuschwören, bemerkenswerterweise auch noch in der innerparteilich kontroversen Europapolitik.<sup>3</sup> Gysi vermochte es, interne Spannungen rhetorisch geschickt zu überdecken und dabei nachhaltige Impulse zur realpolitischen Mäßigung der Partei zu setzen.<sup>4</sup> Aber nicht allein nach innen hat sich der 67-jährige verdient gemacht. Wie kaum ein anderer trug er zur Verankerung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und ihrer Nachfolgerin die Partei DIE LINKE<sup>5</sup> in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik bei, längst nicht nur während des zurückliegenden Jahrzehnts an der Spitze ihrer Bundestagsfraktion. Medial gewandt mehrte er deren Akzeptanz in der Bevölkerung, auch in Teilen, die ihr von Hause aus nicht nahestanden.

Inwieweit Gysis Erfolgsgeschichte von seinen Nachfolgern Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch fortgeschrieben werden kann oder aber ein neues Kapitel mit offenem Ende

beginnt, bildet das Interesse der vorliegenden Studie. Die Partei, die unterschiedliche linke Traditionen in sich fortführt, kann in schwierige Fahrwasser geraten, hin- und hergerissen zwischen pragmatischen und dogmatischen Positionen. Ebenso möglich wäre aber, dass sich das neue Führungsduo der Fraktion beim Spiel um innerparteiliche Macht als Ass erweist, es die einflussreichen Strömungen zu einem schlagkräftigen Verband zusammenzuführen vermag und zu „neuem Aufbruch“<sup>6</sup> verhilft, der schon länger strömungsübergreifend herbeigesehnt wird.

Mit der Doppelspitze aus den bisherigen Vizevorsitzenden betritt die derzeit 64 Abgeordnete starke Fraktion Neuland. Man hatte sich nicht auf einen Kandidaten einigen können oder wollen und so aus der Personalnot eine Tugend gemacht. Dass die Fraktion mit dieser Machtbalance aus den beiden Hauptströmungen der Dogmatiker um Wagenknecht und der Pragmatiker um Bartsch im Parlament kraftvoll, inspiriert und vor allem wählerwirksam Politik kontrollieren und gestalten kann, ist jedoch nicht ausgemacht. Nicht ohne Grund wurde die Führungsetage in spe schon vor ihrer Inthronisierung fraktionsintern als „Wagenknartsch“<sup>7</sup> verballhornt. Nunmehr ist es deren Aufgabe, eine heterogene Mannschaft zu führen, Gegensätze auszugleichen, für Zusammenhalt zu sorgen, den Mehrheitswillen der Abgeordneten zu identifizieren und zu repräsentieren, sowohl intern als auch extern. Dabei komme es nach Einschätzung Gysis für Bartsch und Wagenknecht weniger darauf an, einen persönlichen Kompromiss zu finden, sondern mehr auf einen, der für die gesamte Fraktion trägt.<sup>8</sup>

Seit der Bundestagswahl 2013 ist DIE LINKE nach ihrem eigenen Anspruch die Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag. Und sie hegt Ambitionen zum Mitregieren, auch auf Bundesebene. Zugleich vereint sie aber auch linksextremistische Kräfte in sich, die danach trachten, das ökonomische System der Bundesrepublik zu stürzen, wobei sich unter diesen auch die parlamentarische Demokratie keiner sonderlich großen Beliebtheit erfreut. Aus dieser in sich vielfach widersprüchlichen innerparteilichen Gemengelage resultieren divergierende Anschauungen über die strategische Ausrichtung der zukünftigen Fraktionsarbeit. Pragmatiker verfolgen einen Kurs, der auf Sachlösungen abzielt, sich bürgernah gibt und dabei unter Umständen auch nicht vor einer populistischen Wähleransprache zurückschreckt. Eine Revolution ist mit ihnen nicht zu machen. Dagegen stehen die Dogmatiker für einen strammen Oppositionskurs ein, der ebenfalls einen demagogischen

Beigeschmack haben kann. Kompromisse bei aus ihrer Sicht entscheidenden Fragen empfinden sie als Zumutung. Sie wollen konfrontativ-kontrollierend bis systemalternativ wirken.<sup>9</sup>

Die Leitfrage dieser Studie ist, was die „Partei der Widersprüche“<sup>10</sup> in der Nach-Gysi-Zeit zusammenhält, zukünftig zusammenhalten kann und vor allem welchen Weg sie einschlagen wird. Im Vorfeld der für Herbst 2017 geplanten Bundestagswahl soll eine wissenschaftlich fundierte Einschätzung für Politiker, Politikstrategen, Wahlkämpfer, Politikwissenschaftler, Organisationssoziologen, Medienschaffende und Studierende angeboten werden, die an der weiteren Entwicklung des deutschen Parteiensystems interessiert sind und nach der Rolle der LINKEN darin fragen.

Die Studie unterteilt sich in vier Abschnitte. Die ersten drei beinhalten die Handlungsarenen der Partei. Begonnen wird bei der wichtigsten – der Bundesebene. Dabei wird der Fokus zunächst auf die seit Herbst 2015 amtierende Fraktionsspitze gerichtet, bevor zentrale Aspekte der Partei als Organisation beleuchtet werden. Dies sind zum einen die Wählerinnen und Wähler sowie die Mitglieder (Machtressourcen) und zum anderen die innerparteilichen Flügel, die die in der Satzung vorgesehenen Strukturen überlagern und so zur Herausbildung des für die Partei typischen Nebeneinanders von formalen und informalen Elementen beigetragen haben (Machtfragmentierung). Der zweite Abschnitt befasst sich mit der Landesebene. In dessen Mittelpunkt steht das Fallbeispiel Thüringen, wo die Partei erstmals eine Landesregierung anführt. Im dritten Teil wird die gesellschaftliche Basis der Partei untersucht. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen auf das Verhältnis der LINKEN zu ihren kollateralen Organisationen bzw. nahestehenden gesellschaftlichen Bewegungen. Viertens und abschließend werden auf Grundlage der Studienergebnisse, insbesondere zur internen Beschaffenheit und zu wichtigen inhaltlichen Differenzen, Zukunftspfade der Parteientwicklung entworfen.

Die empirische Grundlage dieser Studie sind erstens wissenschaftliche Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelbänden sowie Monographien, die sich mit der LINKEN bzw. ihren Vorläuferparteien befassen, zweitens journalistische Texte und Abhandlungen, die über das Pressearchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung recherchiert wurden, drittens Parteidokumente, viertens Angaben des Bundeswahlleiters, des Statistischen Bundesamtes und demoskopischer Institute sowie fünftens Verfas-

lungsschutzberichte. Der Stichtag der Mitgliederangaben ist, soweit nicht anders vermerkt, der 31. Dezember 2014.

- 1| *F.A.Z., 23.09.2015.*
- 2| *Offen gelassen hat Gysi bisher, ob er bei der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag erneut kandidieren wird. Bei der Bundestagswahl 2013 war er einer der vier direkt gewählten Abgeordneten der LINKEN.*
- 3| *Das Positionspapier lautet: „Auftreten für einen Neustart“. Es wurde am 21.09.2015 von der Bundestagsfraktion der LINKEN beschlossen. In Teilen richtete es sich gegen Positionen, die von Sahra Wagenknecht, Gysis damaliger Stellvertreterin und jetzige Co-Fraktionsvorsitzende, vertreten werden. Beispielsweise heißt es: „Statt für den Austritt Deutschlands aus der Gemeinschaftswährung und/oder der EU oder für ihre Auflösung zu kämpfen, ist es Aufgabe der linken Kräfte in der gesamten Bevölkerung der Union, Mehrheiten für eine andere Politik der EU zu gewinnen – ähnlich wie das heute bisher nur in Griechenland der Fall ist“ (Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE 2015: 3). Damit vertritt die Fraktion nunmehr die Auffassung, dass in der EU politischer Fortschritt sukzessive erreicht werden solle und grenzt sich von ideologischen Maximalforderungen mit minimalem Realisierungspotenzial ab, die oft von Seiten der Parteilinken artikuliert werden. Diese kritisieren vor allem vermeintliche Demokratiedefizite, eine angeblich von Kapitalinteressen bestimmte Gesetzgebung und eine von ihnen unterstellte Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).*
- 4| *Gysi ist aber nicht nur ein gewinnender Redner und eine einflussreiche Integrationsfigur, sondern auch ein geschickter „Strippenzieher“. Wie kurz vor seinem Rückzug von der Fraktionsspitze öffentlich bekannt geworden war, soll er im Vorfeld des kontroversen Göttinger Parteitags im Frühjahr 2012 seinen damaligen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch damit beauftragt haben, eine Liste zur Verortung der 44 Parteivorstandsmitglieder im internen Machtkampf anzufertigen (Berliner Zeitung, 01.10.2015). Eine derartige Akribie ist in einer stark fragmentierten Partei mit Kontinuität zur SED und deren Machtmethode an sich nicht weiter bedeutsam. Aufhorchen lässt dagegen die Kategorisierung in Anhänger, Gegner und Unentschlossene, wobei „Z“ für zuverlässig, „U“ für unabhängig und „L“ für „Lafodödel“ gestanden haben soll. Dies verdeutlicht, dass es um das Verhältnis der beiden damaligen Vorsitzenden Gysi und Lafontaine in einer brenzligen Phase der Parteientwicklung nicht zum Besten stand.*
- 5| *DIE LINKE ging 2007 aus der ostdeutschen postkommunistischen Protestpartei PDS und der westdeutschen Sozialprotestpartei WASG hervor. Im Parteiensystem nimmt sie eine elektoral erfolgreichere und in ihrer geographischen Wählerverteilung ausgewogenere Position ein als beide Vorläuferparteien jeweils für sich genommen. Insofern erwies sich die für die Fusion entscheidende Annahme, dass ein gemeinsamer Wahlantritt das Wählerpotenzial erhöhen würde und so das für die PDS nie erreichte Ziel der Westausdehnung gelingen würde, als richtig (zur Geschichte der LINKEN bzw. der PDS vgl. Bartsch 2007; Hough/Koß/Olsen 2007; Lang 2010; Neu 2004; Neugebauer/Stöss 2008; Oppelland/Träger 2014; Pahl-Traugher 2013; Spier/Butzlaff/Micus/Walter 2007).*

- 6| *Bartsch 2013: 180.*
- 7| *F.A.Z., 20.06.2015.*
- 8| *Siehe Süddeutsche Zeitung, 13.10.2015.*
- 9| *Zur Systematik von Oppositionsstrategien vgl. von Beyme 1997: 263-270 und Rudzio 2015: 213-252.*
- 10| *Leonhard/Leonhard 2009: 191.*

## DIE LINKE im Bund

### **EXPERIMENT FRAKTIONSTANDEM: KEINE RICHTUNGSENTSCHEIDUNG VOR DER NÄCHSTEN WAHL**

Die Bundestagsfraktion ist ein Machtzentrum der LINKEN, weshalb sie in der Parteienforschung auch als Fraktionspartei typisiert wird.<sup>1</sup> Mit der Wahl des damals 57-jährigen Bartsch und der 46-jährigen Wagenknecht im Herbst 2015 wird erstmals mit einem Führungstandem experimentiert und zugleich ein Generationswechsel vollzogen. Eine Richtungsentscheidung über die Strategie oder die Kerninhalte der LINKEN ist es jedoch nicht. Diese ist vor der nächsten Bundestagswahl, die für Herbst 2017 geplant ist, aus zwei Gründen nicht zu erwarten. Zum einen fanden und finden noch acht Landtagswahlen statt, wobei die Wahlchancen nicht durch innerparteilichen Streit, der dann vorprogrammiert wäre, dezimiert werden sollen.<sup>2</sup> Zum anderen sind der Reformler Bartsch und die ultralinke Wagenknecht – anders als die wendige Galionsfigur Gysi – weniger Führungspersönlichkeiten für die gesamte Partei, sondern mehr Protagonisten ihres jeweiligen Flügels. Ihre Autorität reicht bisher kaum über ihren angestammten innerparteilichen Wirkungsradius hinaus.

Bartsch ist Parteiprofi durch und durch. Er ist parteiintern hervorragend vernetzt. Als Schatzmeister und langjähriger Bundesgeschäftsführer hat er Organisationstalent und Professionalität bewiesen, aber auch, dass er bei parteiinternen Machtspielen mit allen Wassern gewaschen ist. Mit Finesse

strebt er immer wieder nach ausgleichenden Lösungen. Wagenknecht ist Politikerin aus tiefer innerer Überzeugung. Die reine Lehre scheint ihr mehr zu liegen als das Kompromisshafte der angewandten Politik. Sie ist ideologisch sattelfest, analytisch, wofür ihr selbst in bürgerlichen Kreisen Respekt gezollt wird, aber auch polarisierend sowie rhetorisch und medial versiert. Für die Niederungen der Parteiarbeit oder das Klein-Klein der Fraktionsarbeit, mit der sie während ihrer Mitgliedschaft im Europäischen Parlament konfrontiert wurde, konnte sie sich nicht recht begeistern. Trotz der Unterschiede zwischen den beiden Fraktionschefs bestehen persönliche Anknüpfungspunkte für die Bildung einer belastbaren Kommunikations- und Führungsfähigkeit. Beide haben ähnliche Biographien.<sup>3</sup> Sie wurden in der DDR geboren und dort politisch sozialisiert, haben zu ökonomischen Fragestellungen promoviert, kennen ihre Partei noch als SED und haben reichlich Abgeordnetenerfahrung vorzuweisen. Sie bilden die strömungspolitisch und nach Geschlechtern ausgeglichene Spitze des parlamentarischen Arms der LINKEN. Über deren Chancen, aber auch Risiken sind sie sich im Klaren.

Dass eine Partei mit einem Tandem geführt werden kann, beweisen die Grünen mit ihrer doppelten Doppelspitze in Partei und Fraktion. Auch wenn diese selten als Ausweis einer starken Führung gelten konnte und sich zeitweilig ein informeller Machtkern herausgebildet hatte (Joschka Fischer), kann sie im Prinzip eine geeignete Antwort auf parteiinterne wie -externe Gegenwartskomplexität sein. Aber sie muss funktionieren. Kollegiale Führungsverantwortung erfordert Teamgeist und ein gewisses Maß an Abstimmung untereinander. Durch die Machtaufteilung ist eine Korrekturmöglichkeit strukturell angelegt. „Einsame Entscheidungen“ sind eher nicht zu erwarten.

An dieser Stelle sei auf einen wichtigen Unterschied zu einem bipolaren Management in Wirtschaftsunternehmen wie etwa bei der Deutschen Bank hingewiesen.<sup>4</sup> Anders als dort ist in Parteien nicht immer die Suche nach der besten, effizientesten oder effektivsten Lösung das Ziel, sondern die nach dem innerparteilich tragfähigsten Weg und/oder nach einer Angebotsoptimierung für den Wählermarkt. Kompromissfähigkeit ist gefragt, Streit bei der Entscheidungsfindung nicht ausgeschlossen. Gerade in einer fragmentierten Organisation wie die der LINKEN kann eine Doppelspitze die auseinanderstrebenden Flügel vom Kopfe her verklammern. Dies ist die Chance. Das Risiko besteht darin, dass der innerparteiliche Status quo konserviert wird, längst überfällige Entscheidungen

einmal mehr vertagt werden und bei einer Blockadesituation Zuspruch für die Partei unter Mitgliedern, Wählerinnen und Wählern schwindet.

Tatsächlich deutet einiges darauf hin, dass das Führungsduo der LINKEN-Fraktion gewillt ist, einen gemeinsamen Kurs zu verfolgen und seine Machtübernahme als Beginn einer überfälligen Neuaufstellung der Partei zu nutzen. In den Monaten vor der Wahl hatten Bartsch und Wagenknecht gemäßigte Töne angeschlagen und eine – zumindest verbale – Rücksichtnahme auf die bekannten Positionen des konkurrierenden Flügels erkennen lassen.<sup>5</sup> Ihre Arbeit als stellvertretende Fraktionsvorsitzende seit 2013 sei durch einen geräuschlosen, lösungsorientierten und deshalb wirkungsvollen Stil geprägt gewesen.<sup>6</sup>

Insofern war der große Vertrauensvorschuss bei der turnusmäßigen Neuwahl der Fraktionsführung nicht sonderlich überraschend. Lediglich eine Randnotiz ist, dass dieser für Bartsch mit 92 Prozent höher ausfiel als für Wagenknecht mit 78 Prozent.<sup>7</sup> Für die ersten Monate des gemeinsamen Fraktionsmanagements machen LINKEN-kundige Journalisten einen betont konsensorientierten Stil aus. So schrieb Mechthild Küper von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Bartsch zeigt sich, wenn es für Wagenknecht unangenehm werden könnte, als wahrer Gentleman. Wagenknecht [...] schlüpft in eine neue Rolle. [...] Wagenknecht und Bartsch sehen sich am Ziel ihrer Träume, die Fraktion ist glücklich, dass es keinen Streit gab“.<sup>8</sup>

Wichtiger als zwischenmenschliche Annäherungen wären aber programmatische. Diesbezüglich treiben die Linkssozialisten unentschlossen vor sich hin. Die Erkenntnis, dass ein Profil als „Kümmerer-Partei“ zur Bestandssicherung im Parteiensystem zu wenig ist, greift um sich.<sup>9</sup> Aber „neue strategische Anker für die Partei“<sup>10</sup>, wie sie die Bundesvorsitzenden in einem Strategiepapier nach ihrem Antritt gefordert hatten, sind trotz intellektueller Bemühungen innerhalb der Partei und ihres Umfelds nicht in Sicht.<sup>11</sup> So kann – um im Bilde zu bleiben – eine Fahrt auf hoher See schnell unkalkulierbar werden. Erhöht wird der Schwierigkeitsgrad erstens durch jeweils zwei Kapitäne auf den Kommandostrukturen in Partei-zentrale und Bundestagsfraktion, die mit ihren Fernrohren möglicherweise unterschiedliche Ziele ins Visier nehmen. Zweitens führen sie Mannschaften an, die nur ungern an einem Strang ziehen. Als vorläufigen Ausblick lässt sich somit festhalten: Weitere Abenteuer sind garantiert, ein Kentern ist nicht ausgeschlossen.



## MACHTTEKTONIK EINER GESPALTENEN PARTEI

### **Machtressourcen Wähler und Mitglieder: ausgeschöpftes Potenzial, schiefe innerparteiliche Verteilung**

DIE LINKE ist mit einem Zweitstimmenanteil von 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 und 60.547 Mitgliedern die drittgrößte Partei in Deutschland, dicht gefolgt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 8,4 Prozent und 60.329 Mitgliedern.<sup>12</sup> Diese scheinbar starke Position beim Wettbewerb der Parteien untereinander kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr Potenzial bei Wählerinnen, Wählern und Mitgliedern ausgeschöpft zu sein scheint. Mehr noch: Die Wahlergebnisse und der Mitgliederbestand entwickeln sich tendenziell rückläufig (2009 erreichte DIE LINKE noch knapp 12 Prozent und hatte 78.046 Mitglieder), jedoch ohne dass daraus derzeit eine existenzielle Gefahr für die Organisation erwachsen würde.

Diese Entwicklungsrichtung ist für die Partei insofern ärgerlich, als dass die Verwerfungen der Finanz-, Staatsverschuldungs-, Euro- und Griechenlandkrise seit 2010 doch im Grunde Ansätze hätten bieten können, daraus Kapital für eine europakritische Parteipolitik zu schlagen. Dass dies nicht gelang, dürfte zum einen auf die generell niedrigen Kompetenzzuschreibungen der LINKEN durch die Wähler bei den in Bevölkerungsbefragungen gemessenen Policy-Bereichen zurückzuführen sein, die jedoch – was an dieser Stelle lediglich angemerkt sei – im Bereich der sozialen Gerechtigkeit noch am größten ausfallen.<sup>13</sup> Zum anderen scheint die „Partei der organisierten Unzufriedenheit“<sup>14</sup> an Zuspruch unter protestwilligen Wählerinnen und Wählern zu verlieren. Diese neigen teilweise zur rechtspopulistischen AfD, die aufgrund des im vierten Quartal des Jahres 2015 stark angestiegenen Flüchtlingsstroms demoskopisch und elektoral an Rückhalt gewinnt.<sup>15</sup>

Aus einer Binnenperspektive betrachtet sind (treue) Wählerinnen und Wähler sowie (aktive) Mitglieder Ressourcen innerparteilicher Macht. Inhaltliche, personelle oder strategische Gegensätze werden erst dann für die gesamte Partei relevant und unter Umständen konfliktiv, wenn sie mit Macht untersetzt sind. Diesbezüglich zeichnet sich die LINKE verglichen mit anderen Parteien durch eine etwas überdurchschnittliche innerparteiliche Aktivität ihrer Mitglieder aus, was in erster Linie auf höhere Anteile der Typen des geselligkeitsorientierten Aktiven und des Versamm-

lungsbesuchers unter der Gesamtmitgliedschaft zurückzuführen ist.<sup>16</sup> Wichtiger für das Verständnis der innerparteilichen Machttektonik als das innerparteiliche Partizipationsniveau ist aber die bei der LINKEN hervorstechende ostdeutsche Prägung bzw. die schwache Organisationsbasis im Westen. Wenngleich sich nicht jedes Mitglied mit einer innerparteilichen Gruppierung verbunden oder einem Machtspiel verpflichtet sieht, sind diese Organisationsmerkmale – wie noch näher zu zeigen sein wird – potenziell von starkem Einfluss auf die zukünftige inhaltliche Entwicklung der Partei.

*Wählerbasis:* Diese befindet sich in den neuen Bundesländern, sowohl in quantitativer Hinsicht, d.h. bezüglich der relativen und der absoluten Wählerstimmenanzahl, als auch in qualitativer, d.h. die Wählerbindung betreffend. Bei der Bundestagswahl im September 2013 hat sie sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern jeweils fast 1,9 Millionen Zweitstimmen auf sich vereinen können (siehe Tabelle 1). Dieses Ergebnis auf die Anzahl der abgegebenen gültigen Wählerstimmen prozentuiert, veranschaulicht ein Gefälle zwischen Ost und West. Im Osten wurden durchschnittlich 21 Prozent erreicht, im Westen mit 5,4 Prozent dagegen nur ca. ein Viertel davon. Schnitt sie innerhalb der neuen Bundesländer nur in Berlin und Sachsen unterdurchschnittlich ab, verfehlte sie in den süddeutschen Ländern Baden-Württemberg und Bayern sogar eine gedachte Fünf-Prozent-Hürde.<sup>17</sup>

Tabelle 1: Ergebnis der Bundestagswahl 2013, nach Landesverbänden

Landesverbände West	Zweitstimmen		Landesverbände Ost	Zweitstimmen	
	absolut	in %		absolut	in %
Baden-Württemberg	272.456	4,8	Berlin	330.507	18,5
Bayern	248.920	3,8	Brandenburg	311.312	22,4
Bremen	33.284	10,1	Mecklenburg-Vorpommern	186.871	21,5
Hamburg	78.296	8,8	Sachsen	467.045	20,0
Hessen	188.654	6,0	Sachsen-Anhalt	282.319	23,9
Niedersachsen	223.935	5,0	Thüringen	288.615	23,4
Nordrhein-Westfalen	582.925	6,1			
Rheinland-Pfalz	120.338	5,4			
Saarland	56.045	10,0			
Schleswig-Holstein	84.177	5,2			
<b>Summe</b>	<b>1.889.030</b>	<b>5,4</b>		<b>1.866.669</b>	<b>21,2</b>

Anmerkungen: Eigene Berechnung der Prozentwerte. Berlin wurde als Landesverband Ost gezählt.

Quelle: Bundeswahlleiter 2013: 14 f.

Dieses Bild zeichnet sich in ähnlicher Weise auch bei den jüngsten Landtagswahlen ab.<sup>18</sup> So flog DIE LINKE 2012 in Nordrhein-Westfalen aus dem Landtag. Und auch bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016 glückte der Parlamentseinzug erneut nicht. Dagegen ist sie in den Parlamenten der neuen Bundesländer zumeist die zweitstärkste Kraft.

*Mitgliederbasis:* Die rund 37.000 Mitglieder in den neuen Bundesländern stellen ungefähr 60 Prozent der Mitgliedschaft (siehe Tabelle 2). Die mitgliederstärksten Landesverbände sind Sachsen und Brandenburg, wobei die brandenburgische LINKE sogar mehr Mitglieder als die dortigen Verbände der CDU oder der SPD verzeichnet. Unter den Westverbänden weist allein Nordrhein-Westfalen mehr Mitglieder auf als einer der kleineren Ostverbände. Die schiefe Mitgliederverteilung wird noch deutlicher, wenn man die Bevölkerungszahlen heranzieht. Demnach leben in den neuen Bundesländern und Berlin rund 16 Millionen Menschen gegenüber rund 65 Millionen in den alten.<sup>19</sup>

Das personelle Ungleichgewicht zwischen Ost und West bestand bereits bei der Gründung der Partei. Es hat sich aber in den vergangenen Jahren vor allem mortalitätsbedingt abgeschwächt. Zum Zeitpunkt der Fusion mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) gehörten der PDS rund 60.000 – überwiegend ostdeutsche und deutlich ältere – Mitglieder an, während die WASG ihre Mitgliederbasis mit rund 11.500 Mitgliedern in den alten Bundesländern hatte. In den neuen Bundesländern hat DIE LINKE zuletzt, d.h. von 2013 auf 2014, 4,7 Prozent ihrer Mitglieder verloren, in den alten sogar 5,4 Prozent.<sup>20</sup> In beiden Teilen der Republik vermag sie dem demografischen Wandel ihrer Mitgliederstruktur bisher nichts substanziell entgegenzusetzen. Ein weiterer Mitgliederrückgang dürfte unabwendbar sein und das Profil als ostdeutsche Partei erhalten bleiben.

Tabelle 2: Mitgliederverteilung (2014) nach Landesverbänden

Landesverbände West	Mitglieder		Landesverbände Ost	Mitglieder	
	absolut	in %		absolut	in %
Baden-Württemberg	2.708	4,5	Berlin	7.480	12,4
Bayern	2.664	4,4	Brandenburg	6.944	11,5
Bremen	497	0,8	Mecklenburg-Vorpommern	4.275	7,1
Hamburg	1.256	2,1	Sachsen	9.205	15,2
Hessen	2.474	4,1	Sachsen-Anhalt	4.230	7,0
Niedersachsen	2.573	4,3	Thüringen	5.047	8,3
Nordrhein-Westfalen	6.496	10,7			
Rheinland-Pfalz	1.609	2,7			
Saarland	2.101	3,5			
Schleswig-Holstein	942	1,6			
<b>Summe</b>	<b>23.320</b>	<b>38,5</b>		<b>37.181</b>	<b>61,5</b>

Anmerkungen: Eigene Berechnung der Prozentwerte. Berlin wurde als Landesverband Ost gezählt.

Quelle: Niedermayer 2015b: 378.

Finanziell gesehen steuerten die ostdeutschen Landesverbände und ihre nachgeordneten Gebietsverbände 2014 mit knapp 7 Millionen Euro drei Viertel des Aufkommens an Mitgliedsbeiträgen bei (siehe Tabelle 3). Nordrhein-Westfalen bringt als mitgliederstärkster Westverband mit rund 600.000 Euro bzw. knapp 7 Prozent am Gesamtaufkommen weniger Einnahmen auf die Waagschale als der mitgliederschwächste Ostverband Sachsen-Anhalt mit rund 750.000 Euro bzw. 8 Prozent. Der höhere Finanzierungsbeitrag der Verbände aus den neuen Bundesländern ist

auch insofern von Bedeutung, als dass die Partei 2014 über ein Drittel ihrer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen bestritten hat<sup>21</sup> und sie damit mehr als andere Bundestagsparteien von dieser Finanzquelle abhängig ist.

Relativiert wird die finanzielle Bedeutung der Ostverbände für die Bundes-LINKE nur durch die Mandatsträgerbeiträge und die staatlichen Mittel, die aber beide indirekt bzw. direkt vom Abschneiden der Partei bei Wahlen abhängig sind. Auch diesbezüglich liegt das in den vorherigen Abschnitten skizzierte Gefälle zwischen Ost und West zugrunde, zudem bei einem Trend, der nach unten weist. Wählerstimmen- und Mitgliederverluste reduzieren die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Deshalb wurden die Personalausgaben der Partei um rund eine Million Euro von rund 11 Millionen im Jahr 2013 auf rund 10 Millionen im Jahr 2014 gekürzt.<sup>22</sup>

Tabelle 3: Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen (2014) nach Landesverbänden

Landesverbände West	Mitgliedsbeiträge		Landesverbände Ost	Mitgliedsbeiträge	
	in Euro	in %		in Euro	in %
Baden-Württemberg	306.291,37	3,3	Berlin	1.640.579,51	17,7
Bayern	282.337,60	3,0	Brandenburg	1.452.509,69	15,7
Bremen	68.063,92	0,7	Mecklenburg-Vorpommern	809.211,62	8,7
Hamburg	158.226,85	1,7	Sachsen	1.437.013,81	15,5
Hessen	315.290,12	3,4	Sachsen-Anhalt	746.639,91	8,1
Niedersachsen	257.577,71	2,8	Thüringen	859.849,11	9,3
Nordrhein-Westfalen	617.183,74	6,7			
Rheinland-Pfalz	104.831,34	1,1			
Saarland	119.909,02	1,3			
Schleswig-Holstein	84.338,61	0,9			
<b>Summe</b>	<b>2.314.050,28</b>	<b>25,0</b>		<b>6.945.803,65</b>	<b>75,0</b>

Anmerkungen: Eigene Berechnungen. Die Angaben beinhalten die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen der jeweiligen Landesverbände und nachgeordneten Gebietsverbände. Berlin wurde als Landesverband Ost gezählt.

Quelle: DIE LINKE. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014, 23.09.2015.

### **Kleine Strömungslehre: Konsolidierung durch Flügelbildung?**

DIE LINKE wird – ausgehend von ihrer innerorganisatorischen Beschaffenheit – als „Strömungspartei“<sup>23</sup> eingeordnet. War schon die damalige PDS eine an internen Spannungen reiche Partei, haben sich diese durch die Verschmelzung mit der WASG im Jahr 2007 potenziert. Disparitäten und Differenzen sind auf der Tagesordnung. Konflikte um Zielvorstellungen sind bis heute nicht beigelegt. Genauso wenig abgeschlossen ist der organisationskulturelle Parteibildungsprozess. Eine von allen Mitgliedern geteilte Parteiidentität entwickelt sich nur langsam.

An Konturen gewonnen hat dagegen die programmatisch-personelle Flügelbildung. Diese war in Ansätzen bereits in der Entstehungsphase der Partei als eine Ost-West-geprägte richtungspolitische Ausdifferenzierung erkennbar und zielte darauf ab, eigene Positionen in der Gesamtpartei zu markieren und ihnen Geltung zu verschaffen.<sup>24</sup> Offenbar trägt die Flügelbildung zur internen Konsolidierung der Partei bei.

Offiziell existieren keine Flügel. Auch die Mehrheit der Mitglieder rechnet sich formal keinem zu.<sup>25</sup> Tatsächlich aber können sie überaus einflussreich sein. Und viele Mitglieder, Wählerinnen und Wähler hegen Sympathien für eine der beiden Grundrichtungen. Die Konsolidierung der Partei durch die – langsam wachsenden – Flügel hat jedoch bisher nicht den Festigungsgrad anderer Flügelparteien wie z.B. der Grünen erreicht.<sup>26</sup> Dies muss nicht zum Nachteil der LINKEN gereichen, erscheinen die flügelpolitisch ausgetragenen Positions- und Verteilungskonflikte bei den Grünen heute doch oftmals mehr im Gewand einer erstarrten Symbol- als einer lebendig-kontroversen Substanzpolitik.

Das komplizierte innerorganisatorische Beziehungsgeflecht der LINKEN wird in dieser Studie auf einen strömungspolitischen Ost-West-Dualismus reduziert.<sup>27</sup> Dessen jeweilige Vertreter sollen auf der einen Seite als Pragmatiker und auf der gegenüberliegenden als Dogmatiker bezeichnet werden. Sie konstituieren jeweils einen von zwei Flügeln der Partei: Auf der einen Seite den realpolitischen und vorrangig in den neuen Bundesländern beheimateten sowie auf der anderen den linksdogmatischen, der seine Anhänger überwiegend in den alten Bundesländern hat. Diese horizontale Spaltung wird jeweils binnenföderal untermauert. Eine vertikale Konfliktlinie, wie sie in anderen Parteien vorkommt, etwa zwischen Parteiführungen, Funktionärsbasis oder



Mitgliederstamm, ist bei der LINKEN weniger bedeutsam als der Flügelkonflikt.

Für die dichotome Schematisierung in zwei Flügel sprechen mehrere in einer Beziehung zueinander stehende inhaltliche, historische, organisatorische und kulturelle Indikatoren.<sup>28</sup> Differenzen zwischen den Flügeln, teils unüberbrückbare, bestehen bei der Position zum ökonomischen System (Reform der Sozialen Marktwirtschaft vs. Beseitigung), der Rolle der Partei im politischen System (Repräsentationsorgan mit Erneuerungsanliegen vs. Avantgarde einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung mit dem Ziel eines revolutionären Systemwechsels), der Strategie zur Zielerreichung (Befürwortung vs. Ablehnung eines Regierungseintritts), der Parteiorganisation (hoch entwickelte Landesverbände im Osten vs. gering entwickelte „Freundeskreise“<sup>29</sup> im Westen) und der Organisationskultur (DDR-geprägte politische Sozialisationsverläufe vs. westdeutsch-altlinke oder gewerkschaftliche). Ferner wird von führenden Vertretern der Partei selbst ein das Parteigeschehen dominierender Gegensatz zwischen den Polen „eher reformsozialistisch oder eher radikalsozialistisch“<sup>30</sup> ausgemacht. Und schließlich kann aus Mitgliederperspektive davon ausgegangen werden, dass sich „Reformer, Pragmatiker oder ein undogmatischer Linker [...] nicht auf der Seite der traditionellen, radikalen Orthodoxen verorten lassen und umgekehrt“.<sup>31</sup>

Die konkrete Bedeutung der dualen Binnenschematisierung lässt sich nicht nur anhand der Fraktionsdoppelspitze empirisch illustrieren, sondern auch anhand der Kandidatenaufstellungen zu Europawahlen. Da diese die einzigen Wahlbewerbernominierungen sind, die auf der Bundesebene abgehalten werden, dienen sie als Seismograph des Zusammenspiels zwischen den im Osten starken Pragmatikern und den mehrheitlich aus dem Westen kommenden Dogmatikern. Die Bundesliste wird nach einem informellen Regelwerk, d.h. ohne entsprechende Vorschriften in der Satzung oder der Wahlordnung, strukturiert, d.h. die Plätze werden nach bestimmten Kriterien, insbesondere Flügelverortung, besetzt. Wie wichtig der paritätische Ausgleich zwischen den Flügeln für die Partei ist, hatte der damalige Co-Vorsitzende Oskar Lafontaine auf einem Aufstellungsparteitag unmissverständlich deutlich gemacht: „Jeder kann bei uns kandidieren, aber bitte stellt dieses Raster nicht infrage [...], es geht nur: Ost gegen Ost oder West gegen West, aber nichts anderes“.<sup>32</sup>

Neben den beiden informellen Flügeln weist DIE LINKE eine Vielzahl formaler Gruppierungen bzw. Strömungen auf, die eine breite Themenpalette abdecken. Dazu gehören derzeit insgesamt 29 sogenannte bundesweite Zusammenschlüsse, wie z.B. die AG Agrarpolitik und ländlicher Raum, die BAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer oder die BAG Die Linke.queer.<sup>33</sup> Bisher haben vierzehn Gruppierungen den Status als bundesweiter Zusammenschluss beantragt,<sup>34</sup> erfüllen aber nicht die Kriterien für eine offizielle Anerkennung.<sup>35</sup> Diese ist Voraussetzung dafür, dass ein Zusammenschluss finanzielle Zuwendungen der Partei beantragen und (einige wenige) Delegierte zum Parteitag entsenden kann.<sup>36</sup>

Die bundesweiten Zusammenschlüsse zeichnen sich durch eine tendenziell geringe Anzahl an eigenen Mitgliedern aus. Sie weisen differierende Aktivitäts-, innerparteiliche Bekanntheits- und Einflussniveaus auf. Angesichts ihrer eher geringen Mitgliederstärke vermögen es einige aber mitunter, sich überproportional stark parteiintern Gehör zu verschaffen. Im pragmatischen Flügel ist das Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) bedeutsam. Für den linken Flügel wären u.a. die Sozialistische Linke (SL) und die Antikapitalistische Linke (AKL) zu nennen.

### ***Der pragmatische Flügel: Regierungsbeteiligungen im Blick***

Die Pragmatiker – auch als Reformer bezeichnet – haben ihre Basis in den neuen Bundesländern. Viele von ihnen haben dort professionelle Parteierfahrungen gesammelt, nicht selten schon in der SED, und individuelles politisches Kapital durch das Ausüben von Parlaments- und Regierungstätigkeiten in der Kommunal- oder Landespolitik aufgebaut. Diese berufliche Sozialisation prägt deren Politikverständnis. Es erklärt zugleich die Ausrichtung ihres politischen Handelns an Machbarkeitskriterien sowie ihre prinzipielle Bereitschaft zur Unterordnung unter kollektive Parteiziele.

Viele Pragmatiker stehen in einer Traditionslinie zur Geschichte der Partei des Demokratischen Sozialismus als eine der beiden sogenannten „Quellparteien“, wie es im parteiinternen Jargon hieß. Die PDS, wiederum aus der DDR-Staatspartei SED hervorgegangen, war Zeit ihres Bestehens in allen ostdeutschen Landesparlamenten vertreten. Dort wurde sie nicht allein als programmatisch linke Partei gewählt, sondern auch als pragmatische Interessenvertreterin ostdeutscher Belange.<sup>37</sup> Ihr sprachen auch Wählerinnen und Wähler zu, „die sich durch die Negativfolgen des Transformationsprozesses in ihrem Selbstwertgefühl getroffen und gegenüber

den ‚Wessis‘ zurückgesetzt fühlten“.<sup>38</sup> Nach dem konflikttheoretischen Ansatz der Parteienforschung wurde sie deshalb – aber auch aufgrund ihrer schichtenübergreifenden Wählerschaft – folgerichtig eingestuft als „ostdeutsche[n] Regionalpartei mit Volkspartei charakter“.<sup>39</sup>

Formale Gruppierungen innerhalb des Lagers der Pragmatiker sind das Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) und ferner das Netzwerk Reformlinke. Das FDS ist eine im Jahr 2002 als Forum Zweite Erneuerung gegründete Plattform reformorientierter, parlamentarisch- und/oder regierungserfahrener Postkommunisten. Seine von Dogmatikern als „Regierungslinke“ verhöhnten Vertreter verkörpern in den Ostverbänden mehrheitsfähige Positionen. Sie streben eine Modernisierung der LINKEN an. 2005 nahm das FDS seinen heutigen Namen an. Seit 2008 ist es ein anerkannter bundesweiter Zusammenschluss. Protagonisten sind z.B. Dominic Heilig oder Stefan Liebich. Das Netzwerk Reformlinke begreift sich als loser Zusammenschluss reformorientierter Kräfte in der Partei und hat seine Aktivitäten zugunsten des FDS eingeschränkt, nicht zuletzt weil zu diesem eine große Deckungsgleichheit bei Politikvorstellungen und -zielen besteht und unnötige Konkurrenz vermieden werden soll.

Regierungsbeteiligungen sind aus Sicht von Vertretern des pragmatischen Flügels ein genauso probates wie legitimes Mittel linker Politikgestaltungsansprüche. Für eine Übernahme exekutiver Verantwortung im Bund sei ein rot-rot-grünes oder rot-grün-rotes Bündnis<sup>40</sup> die erste – und womöglich einzige – Wahl.<sup>41</sup> Um diesem Ziel näher zu kommen, sollen entscheidende Hürden überwunden werden.

Eine steht im Politikfeld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>42</sup> Vor der Bundestagswahl 2013 hatte diese maßgeblich dazu beigetragen, dass ein linkes Dreierbündnis von allen drei dafür infrage kommenden Parteien einhellig ausgeschlossen worden war.<sup>43</sup> Seither ist in Reformerkreisen ein behutsames, nicht nur kommunikatives Abrücken vom bisherigen absolut-pazifistischen Kurs zu beobachten.<sup>44</sup> Dahinter steht die Einsicht, dass es mit diesem den ihr in anderen Positionen durchaus nahestehenden Sozialdemokraten und Grünen schier unmöglich ist, eine Koalition im Bund einzugehen. Dennoch wird der pazifistische Identitätskern der Partei in seinen Grundfesten nicht zu erschüttern sein. Dafür wird er flügelübergreifend viel zu sehr geschätzt, nicht zuletzt als ein mobilisierungsfähiges Alleinstellungsmerkmal bei Wahlen.<sup>45</sup>

### ***Der linke Flügel: Dogmatiker auf Oppositionskurs***

Die Dogmatiker haben ihre Basis in den alten Bundesländern. Ihre Zusammensetzung ist vielfältiger als bei den Pragmatikern. Auch sie stehen in einem Zusammenhang zur jüngeren Geschichte der LINKEN, nämlich zur zweiten „Quellpartei“, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Diese hatte sich 2005 als Partei formiert, auch gegen interne Kritik. Hervorgegangen war sie aus einer vorrangig in den alten Bundesländern aktiven Sozialprotestbewegung. Anders als die PDS gelang ihr jedoch kein Einzug in ein Landesparlament. Ihr Aktionsfeld blieb die Protestbewegung auf sogenannten „Montagsdemos“.

Die von Gewerkschaftsfunktionären und ehemaligen SPD-Mitgliedern getragene Bewegung artikulierte Unzufriedenheit mit den Sozial- und Arbeitsmarktreformenten der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Aber sie fungierte nicht nur als Sammelbecken für enttäuschte Gewerkschaftler und „gescheiterte Sozialdemokraten“<sup>46</sup>, sondern ebenso für „Altkommunisten der orthodoxen Richtung, Trotzlisten und fundamentalistische Globalisierungskritiker“.<sup>47</sup> Kennzeichnend für den heterogen zusammengesetzten Personenkreis aus einem altlinken westdeutschen Spektrum ist entweder die Abwendung von sozialdemokratischen Leitvorstellungen oder aber wie bei einstigen K-Gruppen-Anhängern das Verfolgen einer ideologisierten und nicht um Ausgleich bedachten Politik. Die „reine Lehre“ ist aus deren Sicht Kompromissen vorzuziehen, weshalb sie auch als „Orthodoxe“<sup>48</sup> bezeichnet werden.

Der linke Flügel lässt sich über weite Teile als „zutiefst in der marxistischen Weltanschauung und Logik verwurzelt“<sup>49</sup> einordnen. Dies führt bei deren Anhängern beinahe zwangsläufig zu einer ablehnenden Haltung gegenüber einer Regierungsbeteiligung bis hin zur grundsätzlichen Hinterfragung der Oppositionsrolle im Bundestag. So warnte die stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Janine Wissler, eine bekennende Gegnerin der parlamentarischen Demokratie, auf einem Marxismus-Kongress im Mai 2015 vor der vermeintlichen Illusion, „dass die Parlamentsarbeit der Linken auch nur irgendetwas verändert im kapitalistischen System der Bundesrepublik“.<sup>50</sup>

Der linke Flügel beheimatet mehr oder minder einflussreiche Strömungen bzw. Bundesarbeitsgemeinschaften, die in den Verfassungsschutzberichten des Bundesministeriums des Innern seit Jahren regelmäßig als „offen

extremistische Zusammenschlüsse<sup>51</sup> eingestuft werden. Dazu zählen die Sozialistische Linke (SL), die Antikapitalistische Linke (AKL), die Kommunistische Plattform (KPF) und das Marxistische Forum (MF).<sup>52</sup>

Die bereits in der WASG im Jahr 2006 gegründete Sozialistische Linke (SL) vertritt neomarxistisches und linkskeynesianisches Gedankengut, versteht sich selbst als gewerkschaftsnahe Strömung und knüpft an linksozialistische und reformkommunistische Traditionen an. Obwohl sie nur 826 Mitglieder hat, gilt sie als einer der einflussreichsten bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei.<sup>53</sup> Dem ersten, 44-köpfigen Bundesvorstand der LINKEN gehörten bis zu zehn SL-Mitglieder an, dem zweiten, 2010 gewählten, sogar elf.<sup>54</sup> Aktuell sind zehn Bundestagsabgeordnete, darunter die Parteivorstandsmitglieder Christine Buchholz und Wolfgang Gehrcke, sowie zwei Europaabgeordnete Mitglieder der SL.

Die Antikapitalistische Linke (AKL) wurde ebenfalls 2006 gegründet, um ein loses Netzwerk innerhalb der LINKEN für diejenigen Mitglieder zu schaffen, die sich besonders im Bereich Antikapitalismus und Antimilitarismus betätigen wollen. Sie versteht sich als ein Verbindungsglied zu außerparlamentarischen und -parteilichen Gruppierungen und bietet bspw. Mitgliedern der trotzkistischen Sozialistischen Alternative (SAV) eine Plattform. Die AKL tritt nach eigener Darstellung für einen „grund-sätzlichen Systemwechsel“ und die „Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ ein. 2012 wurde sie als Bundesarbeitsgemeinschaft der LINKEN anerkannt. Ihr gehören 592 Mitglieder an.<sup>55</sup> Eine Mitgliedschaft ist nicht an eine Parteimitgliedschaft gebunden. Sahra Wagenknecht sowie der stellvertretende Parteivorsitzende Tobias Pflüger waren Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs der AKL.

Die Kommunistische Plattform (KPF) und das Marxistische Forum sind bereits aus der PDS bekannt. Die KPF wurde 1989 gegründet, kurz nach dem Untergang der DDR. Lange Zeit war Sahra Wagenknecht deren Gesicht. Mit ihren 1.174 Mitgliedern<sup>56</sup> ist sie der größte bundesweite Zusammenschluss der LINKEN. Sie strebt den Sturz des Kapitalismus und die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung an. Arbeitsbereiche sind der Antifaschismus, der Antirassismus und der Antimilitarismus. Demgegenüber ist das 1995 gegründete orthodox-kommunistische Marxistische Forum mehr mit Theoriearbeit befasst, d.h. mit einer für eine linke Partei nicht unbedeutenden Aufgabe. Es ist kein anerkannter bundesweiter Zusammenschluss. Die Satzungshürden dafür hat es

mit seinen aktuell 400 Mitgliedern bisher nicht überwunden.<sup>57</sup> Die klassischen Lehren von Marx, Engels und Lenin sind die ideologische Grundlage und zugleich die Richtschnur für die „Gegenwartsanalyse“ des Forums.

Unter den parteinahen Organisationen haben die Linksjugend [‘solid] – solid steht für sozialistisch, links, demokratisch – und der parteinahe Studierendenverband (Die Linke.SDS) Einfluss auf den linken Flügel. Dem Jugendverband gehörten im Jahr 2008 nach eigenen Angaben rund 8.000 Mitglieder an, von denen ungefähr die Hälfte als aktiv gilt.<sup>58</sup> Der als Nachwuchsorganisation der LINKEN 2007 aus verschiedenen Jugendgruppierungen von PDS und WASG gegründete parteinahe Verband nimmt eine kritische Haltung gegenüber der Mutterpartei ein. Seine Bedeutung für die personelle Regenerationsfähigkeit der LINKEN ist gering. Viele ihrer Nachwuchspolitiker sind oder waren nicht Mitglied der Linksjugend.<sup>59</sup> Der Studierendenverband Die Linke.SDS ist formal als Arbeitsgemeinschaft mit Sonderstatus Teil des Jugendverbands [‘solid]. In ihm sind 2007 die Hochschulgruppen von PDS und WASG verschmolzen.

Summa summarum zeichnet sich der linke Flügel verglichen mit dem pragmatischen stärker durch Heterogenität und Unübersichtlichkeit aus. Trotz inhaltlicher und personeller Schnittmengen zwischen seinen Untergruppierungen herrscht bei vielen Fragen Uneinigkeit. Beispielsweise erscheint der real existierende Sozialismus der DDR bei den früheren PDS-Arbeitsgemeinschaften in einem vorteilhafteren Licht als bei den West-Linken.<sup>60</sup> In Anbetracht der Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze innerhalb des dogmatischen Flügels sollte die Kooperationsfähigkeit seiner Gruppierungen untereinander und damit die innerparteiliche Schlagkraft des linken Flügels innerhalb der LINKEN insgesamt nicht überschätzt werden.

1| *Vgl. Neugebauer 2011.*

2| *Am 13.03.2016 wurde in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gewählt, am 04.09.2016 stehen in Mecklenburg-Vorpommern und am 18.09.2016 in Berlin Landtagswahlen an. Im Frühjahr 2017 sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Schleswig-Holstein geplant.*

3| *Vgl. dazu bspw. F.A.Z., 14.10.2015.*

4| *Vgl. dazu etwa Ellwart/Russel/Blanke 2015.*

5| *Siehe dazu bspw. Fisilage 2015: 7, 23.*

6| *Siehe NZZ, 15.10.2015.*

- 7| Siehe *Das Parlament*, 19.10.2015. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden am 03.11.2015 die 47-jährige Heike Hänsel und der 38-jährige Jan Korte gewählt (siehe F.A.Z., 04.11.2015). Beide sind ebenfalls bekannte Flügel-Vertreter.
- 8| F.A.Z., 04.11.2015, siehe auch F.A.Z., 18.11.2015.
- 9| Siehe dazu bspw. schon Bartsch 2013: 184 oder Kipping 2015: 21.
- 10| Kipping/Rixinger 2013.
- 11| Zur aktuellen Strategiediskussion siehe etwa Bierbaum 2015; Bischoff/Radke 2015; Brandt et al. 2015; Brie 2015; Hawel/Kalmring 2015; Hoff 2014; Werner 2015.
- 12| CDU und CSU wurden als eine Partei gezählt; für die Mitgliederzahlen siehe Niedermayer 2015b: 376; für die Wahlergebnisse siehe Bundeswahlleiter 2013: 14; zur aktuellen Stellung der LINKEN im deutschen Parteiensystem vgl. Niedermayer 2015a.
- 13| Vgl. Zohlnhöfer/Engler 2015: 151 f.
- 14| *Die Zeit*, 03.12.2015.
- 15| Vgl. Neugebauer/Stöss 2015: 164; Niedermayer 2015a: 845.
- 16| Vgl. Spier et al. 2011.
- 17| Zu den Wahlergebnissen der LINKEN und ihrer Vorläuferparteien bei Bundestags-, Landesparlaments- und Europawahlen seit 1990 vgl. Jesse 2015a.
- 18| Vgl. Zohlnhöfer/Engler 2015: 144 f.; Jesse 2014: 231-233.
- 19| Vgl. [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_jb01\\_jahrtab1.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp) (Abruf: 17.12.2015).
- 20| Siehe Niedermayer 2015b: 378.
- 21| Siehe DIE LINKE. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014.
- 22| Siehe DIE LINKE. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014.
- 23| Wilke/Baron 2009b: 9.
- 24| Vgl. Hildebrandt 2009: 91; Jesse/Lang 2008: 97.
- 25| Vgl. dazu die Binnensicht von Bartsch 2013: 186.
- 26| Für eine aktuelle Bestandaufnahme des „Strömungsdualismus“ bei den Grünen vgl. Switek 2015: 175-178.
- 27| Dies soll nicht bedeuten, dass ein Flügel in einem bestimmten geografischen Segment einen flächendeckenden, absoluten Vertretungsanspruch geltend machen kann, sondern dass immer nur eine relative Position der Stärke behauptet werden kann. Vielerorts ringen beide Flügel um eine Vormachtstellung, was von außen betrachtet zumeist an Personalquerelen erkennbar ist (siehe dazu bspw. D'Antonio 2015: 121 f., 329-331). Ferner wird in der Literatur noch eine weitere Strömung ausgemacht (vgl. bspw. Oppelland/Träger 2014: 122 f.), die Emanzipatorische Linke, wie sie sich selbst nennt oder „Mittelerde“ (DIE WELT, 14.10.2105), worunter sie innerparteilich mitunter firmiert. Deren innerparteiliche Bedeutung ist jedoch nicht mit den beiden benannten Flügeln gleichzusetzen. Die Ema.Li gründete sich in der PDS und wurde 2009 als bundesweiter Zusammenschluss anerkannt. Ihre Mitglieder positionieren sich zumeist nicht für einen Flügel der Partei; Doppelmitgliedschaften sind erlaubt. Inhaltlich vertritt sie gesellschaftsliberale, radikaldemokratische und emanzipatorische Standpunkte. Bekannte Vertreter sind die Parteivorsitzende Katja Kipping oder deren Stellvertreterin Caren Lay. Ob dieser bundesweite Zusammenschluss zukünftig in die Rolle eines Vermittlers zwischen innerparteilichen Antagonismen treten kann, bleibt abzuwarten. Wenn sich seine Vertreter als Parteimitglieder neuen Typs begreifen, d.h. sich nicht in aus ihrer Sicht überkommenen Rollenkonflikten aufreiben wollen, und er Attraktivität für den Parteienachwuchs – immerhin nehmen die bis 30-jährigen in der Partei inzwischen einen Anteil von 11 Prozent ein (siehe Niedermayer 2015b: 385) – entfalten kann, dann be-

stünde eine günstige Voraussetzung für eine Profilierung als dritte Kraft. Potenziale ließen sich sicherlich auch im Hinblick auf eine stärkere europaweite oder internationale Vernetzung links-progressiver Parteien aktivieren.

- 28| Vgl. dazu auch Oppelland/Träger 2012: 192.
- 29| Neugebauer/Stöss 2015: 163.
- 30| Bartsch 2013: 186.
- 31| Neu 2011: 7.
- 32| Zitiert nach Höhne 2013: 282.
- 33| Die weiteren bundesweiten Zusammenschlüsse sind: BAG Antifaschismus, Antikapitalistische Linke, BAG Betrieb und Gewerkschaft, BAG Bildungspolitik, BAG Bürgerrechte und Demokratie, AG Cuba Si beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Emanzipatorische Linke, AG Ethnische Minderheiten, BAG Frieden und Internationale Politik, Forum Demokratischer Sozialismus, Geraer Dialog – Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE, BAG Gesundheit und Soziales, BAG Grundeinkommen, BAG Hartz IV, BAG Kommunalpolitik, Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE, ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, AG Lisa, BAG Migration, Integration und Antirassismus, Ökologische Plattform, BAG Rote ReporterInnen, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, BAG Senioren der Partei DIE LINKE, Sozialistische Linke, BAG Städtebau- und Wohnungspolitik, Ständige Kulturpolitische Konferenz.
- 34| Dies sind: AG Arbeit und Armut, AG Christinnen und Christen bei der Partei DIE LINKE, BAK Demokratie in der Türkei – Frieden in Kurdistan, BAG Drogenpolitik, AG Erholungsgrundstücke und Kleingartenwesen, BAG Laizismus, Marxistisches Forum, BAG Netzpolitik, BAG Tierschutz, BAG Umwelt-Energie-Verkehr, BAG Virtuelle Linke 17, AG Wirtschaftspolitik, BAG Wissenschaftspolitik.
- 35| „Bundesweit ist ein Zusammenschluss dann, wenn und solange er in mindestens acht Landesverbänden entweder mindestens ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentiert oder entsprechend der Landessatzung als landesweiter Zusammenschluss anerkannt wurde. Abweichend davon kann der Bundesausschuss (dieser ist ein innerparteiliches Bund-Länder-Koordinierungsgremium, Einfügung B.H.) auch Zusammenschlüsse als bundesweit anerkennen, wenn die Voraussetzungen nicht vollständig erfüllt sind.“ (siehe Art. 7 Abs. 2 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE).
- 36| Siehe Art. 7 Abs. 7 und 8 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.
- 37| Vgl. Neu 2004: 102-150.
- 38| Decker 2015: 189.
- 39| Neu 2007: 327, zum theoretischen Ansatz vgl. Lipset/Rokkan 1967.
- 40| Unter „Rot-Rot-Grün“ – oder weniger sperrig „r2g“ – ist üblicherweise eine Konstellation von SPD als stärkster Partei, gefolgt von den Parteien DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeint. Jedoch kann damit auch eine Koalition unter Führung der LINKEN bezeichnet werden, wie gegenwärtig in Thüringen (siehe dazu Kapitel „Linke Landespolitik“).
- 41| Siehe aktuell bspw. Fislage 2015: 12.
- 42| Im Grundsatzprogramm heißt es dazu unter Abschnitt 4.6: „Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta, zumal der



Sicherheitsrat noch nie chartagemäß Beschlüsse gegen Aggressoren wie die NATO beim Jugoslawienkrieg oder die USA beim Irakkrieg gefasst hat. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von ‚zivilmilitärischer Kooperation‘ und von Konzepten zur ‚vernetzten Sicherheit‘ die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Sie will, dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird“ (DIE LINKE 2011: 69).

- 43| Vgl. Heimann/Brandt 2014: 53 und Höhne 2015b: 223. Ob und unter welchen Bedingungen ein solches Bündnis eine Option für die Zeit nach der kommenden Bundestagswahl wäre, siehe die publizistische Einschätzung bei von Lucke 2015a.
- 44| So votierten im April 2014 fünf Abgeordnete der LINKEN bei einer Bundestagsabstimmung für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Zu parteiinternen Diskussionen einer linken Außenpolitik vgl. Liebich/Woop 2013; Zelik 2014.
- 45| Beispiel Syrien-Engagement der Bundesregierung: Anfang Dezember 2015 unterstützten 58 Prozent der Bevölkerung Deutschlands militärischen Beistand Frankreichs. Differenziert nach Anhänger der Parteien zeigte sich, dass in allen Lagern die Zustimmung überwog. Nur bei der LINKEN war es umgekehrt, von deren Anhängern waren 68 Prozent dagegen und nur 32 dafür. Siehe: ARD-DeutschlandTrend. Dezember 2015. Die Frage lautete: „Frankreich hat angekündigt, gegen den sogenannten ‚Islamischen Staat‘ als Drahtzieher der Terroranschläge konsequent vorzugehen. Sollte Deutschland bei der Bekämpfung der Terrorgruppe ‚Islamischer Staat‘ militärischen Beistand leisten?“ Antwortkategorien: „Ja, Deutschland sollte militärischen Beistand leisten“ und „Nein, Deutschland sollte keinen militärischen Beistand leisten“. Institut: Infratest Dimap im Auftrag der ARD; Befragungszeitraum: 30.09.-01.12.2015; 1.003 telefonisch Befragte ab 18 Jahre.
- 46| Knabe 2009: 374.
- 47| Jesse/Lang 2008: 263.
- 48| Neu 2011: 6.
- 49| Feltes 2015: 15.
- 50| Ebd.: 5.
- 51| Vgl. Bundesministerium des Innern 2015: 186-190; vgl. ferner Bundesministerium des Innern 2008: 152; vgl. auch Bundesministerium des Innern 2009: 148; Bundesministerium des Innern 2011: 139.
- 52| Weitere Gruppierungen dieser Kategorie sind die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí, der Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SoD) und das trotzkistische Netzwerk marx21 (vgl. Bundesministerium des Innern 2015: 188, 191-192).
- 53| Siehe Bundesministerium des Innern 2015: 187; Wilke/Baron 2009a: 32.
- 54| Vgl. Bundesministerium des Innern 2009: 150; Bundesministerium des Innern 2011: 139.
- 55| Siehe Bundesministerium des Innern 2015: 189.
- 56| Siehe Bundesministerium des Innern 2015: 186.
- 57| Vgl. Art. 7 Abs. 2 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE; siehe Bundesministerium des Innern 2015: 190.
- 58| Vgl. Bundesministerium des Innern 2009.
- 59| Vgl. Bundesministerium des Innern 2009: 147.
- 60| Zur Geschichtspolitik der LINKEN vgl. Müller/Neu 2013.

## LINKE Landespolitik

Wie weiter oben bereits gezeigt, ist das linke Lager in Deutschland koalitionspolitisch ein „defektes Lager“.<sup>1</sup> Eine linke Parlamentsmehrheit, die aufgrund des knapp verfehlten Bundestagseinzugs von FDP und AfD in der aktuellen Legislaturperiode immerhin zumindest rechnerisch erreicht worden war, würde aufgrund der nicht vorhandenen Koalitionsbereitschaft der drei in Frage kommenden Parteien aber nicht automatisch über die Voraussetzungen für die Bildung einer gemeinsamen Regierung verfügen. Dies ist nicht nur auf programmatische Unterschiede und persönliche Befindlichkeiten von Spitzenvertretern von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN zurückzuführen, sondern auch auf Differenzen bei den Mentalitäten von Wählerinnen und Wählern, Anhängern sowie Mitgliedern dieser drei Parteien untereinander.<sup>2</sup>

Anders als im Bund hat DIE LINKE in den Ländern, vor allem in den ostdeutschen, jedoch einige exekutive Erfahrungen vorzuweisen. Dies hat im Wesentlichen zwei Ursachen. Zum einen stellt sich die Partei dort organisatorisch in sich geschlossener und inhaltlich pragmatischer dar. Zum anderen gibt es auf der Landesebene generell weniger und zudem andere Politikmaterien zu entscheiden bzw. zu gestalten als im Bund, wo die Parteien die aus ihrer Sicht zentralen Schlachten schlagen.

Einen Zwischenschritt auf dem Weg zur ersten Regierungsverantwortung der damaligen PDS bildete deren Tolerierung von zwei sozialdemokratisch geführten Regierungen in Sachsen-Anhalt zwischen 1994 und 2002 (bis 1998 unter Einschluss

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es folgten Landesregierungen aus SPD und LINKE als Juniorpartner in Mecklenburg-Vorpommern von 1998 bis 2006, in Berlin von 2002 bis 2011 und in Brandenburg seit 2009.<sup>3</sup> In Thüringen ist DIE LINKE seit 2014 Seniorpartner von SPD und Grünen.<sup>4</sup> Beinahe aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden ist die vorzeitig beendete Minderheitsregierung von Sozialdemokraten und Grünen in Nordrhein-Westfalen (2010 bis 2012), die maßgeblich von der LINKEN unterstützt worden war.<sup>5</sup> Schließlich sei noch auf Schleswig-Holstein (2005) und Hessen (2008) verwiesen, wo Koalitionsvorhaben unter Einschluss der LINKEN scheiterten und zu erheblichen Turbulenzen innerhalb der SPD führten.<sup>6</sup>

Durch die exekutive Mitwirkung der LINKEN, egal ob als Tolerierungspartner, in einer Zwei- oder Drei-Parteien-Koalition, als Junior- oder Seniorpartner, ist sie systemischen Lern- und Anpassungseffekten ausgesetzt, die wie beim nordrhein-westfälischen Landesverband – einer Hochburg der Dogmatiker – als Diskrepanz zwischen Rhetorik und Handeln sichtbar werden kann. Wenn daraus faktisch eine Suche nach ideologiefernen Sachlösungen im Bürger- oder Landesinteresse<sup>7</sup> resultiert, macht DIE LINKE es der SPD leicht, sich koalitionspolitisch flexibler zu zeigen. Einmal an der Regierung können eigene Politikvorstellungen praktisch durchgesetzt und karriereorientierten Mitgliedern neue berufliche Perspektiven geboten werden, insbesondere in der Ministerialverwaltung.

Es kann jedoch auch bedeuten, dass Gestaltungsversprechen unter Umständen nicht eingelöst werden können. So ist eine typische Auswirkung auf die Partei nach einer Regierungsbeteiligung die „Entzauberung“ in ihrer Wählerschaft.<sup>8</sup> Die Erfahrung, dass ihr eine Regierungsbeteiligung schaden kann, sammelte die PDS bereits nach ihrer ersten Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern (1998 bis 2002).<sup>9</sup> Ein „Abstrafen“ kann zwar auch bei anderen Parteien nach einer Regierungsphase mehr oder minder deutlich beobachtet werden,<sup>10</sup> aber letztlich kommt es darauf an, was versprochen und was gehalten werden kann. Besonders Politik populistischer Machart läuft Gefahr, dass ihr der Nährboden, auf dem sie keimte, alsbald wieder entzogen wird.<sup>11</sup>

Werden negative Effekte für DIE LINKE auch in Thüringen eintreten, wo sie als Ministerpräsidentenpartei auf Basis eines Stimmenanteils von 28 Prozent eine für sie vorteilhafte Schlüsselposition einnimmt (u.a.

Profilierung auf Bundesebene durch Ministerpräsidenten im Bundesrat möglich), aber eben auch eine besondere Verantwortung für den Erfolg bzw. den Misserfolg der Koalition trägt? Kann sie Regierungsgeschick und Führungskraft unter Beweis stellen oder wird sie – was eher anzunehmen ist – in den Augen von Teilen ihrer Wählerschaft scheitern, weil der im vergangenen Landtagswahlkampf als „dringend nötig“ proklamierte und von Parteimitgliedern herbeigesehnte „wirkliche“ Politikwechsel nicht eingetreten ist?

Für eine Zwischenbilanz zur rot-rot-grünen Koalition im Freistaat ist es noch zu früh. Unschwer erkennbar ist jedoch die unbedingte Absicht der LINKEN, zukünftigen Regierungen unter ihrer Führung in anderen Bundesländern, vor allem in den neuen, einen Weg zu bereiten und bestenfalls auch noch auf der Bundesebene zur exekutiven Salonfähigkeit beizutragen.<sup>12</sup> Dies widerspricht dem Vorhaben des Politikwechsels, zumindest aber stellt es höchste und wohl kaum zu erfüllende Anforderungen an die selbstgewählte Politikmaxime des „Besser machen“. Erklärtes Ziel von Ministerpräsident Bodo Ramelow ist es, „bei den Menschen die Angst abzubauen“ vor einer linken Regierung.<sup>13</sup> Dies mag ihr noch eher gelingen als die im Koalitionsvertrag beschlossene Gratwanderung zwischen einer Finanzpolitik, die ohne Neuverschuldung auskommt, und zahlreichen ausgabenintensiven Gestaltungsvorhaben.<sup>14</sup>

Ebenfalls abzuwarten wird sein, ob die vorgesehenen „Räume der Beteiligung“<sup>15</sup>, zum Beispiel bei der geplanten Weiterentwicklung des Schulsystems, der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform oder Großprojekten wie den Stromtrassen, tatsächlich angeboten und durch die Thüringerinnen und Thüringer nachgefragt werden. Ein Lackmustest für das Wahlversprechen der Schaffung von verbesserten oder mehr Mitsprache- bzw. Beteiligungsmöglichkeiten für die Landesbevölkerung ist der gesellschaftliche, politische und administrative Umgang mit Flüchtlingen. Diesbezüglich kann jedoch bisher keine breite öffentliche Debatte über die Entwicklung der angestrebten „wirkliche(n) Integrations- und Willkommenskultur“ (Hennig-Wellsow 2015b: 18) ausgemacht werden, die der dumpfen rechtspopulistischen Stimmungsmache von AfD, Pediga & Co. – gerade auch in Thüringen und in der Landeshauptstadt Erfurt – wirkungsvoll begegnen würde.

- 1| Spier 2012: 374.
- 2| Vgl. Neugebauer/Stöss 2015: 164 f.
- 3| Zum Zustandekommen der aktuellen Brandenburger Koalition vgl. Niedermayer 2015c.
- 4| Vgl. Oppelland 2015.
- 5| Vgl. Ganghof et al. 2012: 894.
- 6| Vgl. Koniczek 2015; Switek 2015: 194-197.
- 7| Auch auf der kommunalen Ebene zeichnet sich DIE LINKE durch „betonte(n) Pragmatismus“ (D’Antonio 2015: 122, untersucht am Fallbeispiel Leipzig) aus. Dort hat sie häufig das Image einer „Kümmerer-Partei“, d.h. sie präsentiert sich als eine Anlaufstelle für Menschen in einer prekären Lebenssituation. Fraglich an diesem apolitischen Erscheinungsbild ist jedoch weniger die daraus resultierende Konkurrenz zu Sozialverbänden oder sozialen Initiativen, sondern mehr der augenscheinlich fehlende Bezug zur Primärfunktion einer Partei, nämlich der Konzentration auf die Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes, wie sie in Art. 21 Grundgesetz vorgesehen ist.
- 8| Vgl. Jesse 2015a: 101 f.; Niedermayer 2015c: 23, 28 f.
- 9| Vgl. Grabow 2008: 270-275.
- 10| Vgl. Spier 2012: 376.
- 11| Zu Populismustendenzen bei der LINKEN vgl. Montag 2015a; Mayer 1998 und als parteienvergleichendes Phänomen Decker 2006.
- 12| Vgl. Hennig-Wellso 2015a.
- 13| Zitiert nach von Lucke 2015b: 7.
- 14| Für eine erste Zwischenbilanz zur Tätigkeit der Landesregierung im Hinblick auf die Wahlversprechen der LINKEN siehe Montag 2015b.
- 15| Bischoff 2015: 9.

## LINKE Vorfeldorganisationen

DIE LINKE gilt als „pluralistische Sammlungspartei“.<sup>1</sup> Sie ist bestrebt, linke, links-progressive, linksradikale bis linksextreme Gruppierungen<sup>2</sup> in der Gesellschaft an sich zu binden, sei es unmittelbar über eine Mitgliedschaft oder mittelbar über ein Beziehungsgeflecht. Dabei kommt ihr zupass, dass es nach Einschätzung von Extremismusforschern „Bezüge zwischen extremistischen und demokratischen Bewegungen gibt und die Grenzen zwischen radikal-demokratischen und extremen politischen Einstellungen fließend sind“.<sup>3</sup>

In ihrem Bemühen, einen Schulterchluss mit Vorfeldorganisationen herzustellen, unterscheidet sich DIE LINKE im Grunde genommen nicht von anderen Parteien. Schließlich sind politische Wirksamkeit beanspruchende intermediäre Organisationen von möglichst verzweigten gesellschaftlichen Verbindungen abhängig. Dennoch lässt sich ein wesentliches Unterscheidungskriterium ausmachen: Nach marxistisch-leninistischem Ausgangsverständnis sollen die herrschenden Verhältnisse umgewälzt werden; dafür seien „breite linke Bündnisse“ zu schmieden und „gesellschaftlicher Widerstand“ zu kanalisieren.<sup>4</sup> Eine Partei allein könne und solle dies nicht leisten. Dazu finden sich im aktuellen Grundsatzprogramm<sup>5</sup> folgende Aussagen: „Für die Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht sind gewerkschaftliche und politische Organisationen erforderlich, in denen gemeinsame Interessen formuliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung geführt werden. Es ist Aufgabe der Partei DIE LINKE, diesen Prozess bewusst und aktiv zu fördern.“ Und: „Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parla-

mentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich“.<sup>6</sup>

Ein Instrument für den Anschluss des gesellschaftlichen Vorfelds an eine Partei bieten Wahlen bzw. die ihnen vorgeschalteten Kandidatenaufstellungen. Die Öffnung von Listen für weithin wählbare Kandidatinnen und Kandidaten hat für eine Partei eine Doppelfunktion: Zum einen soll das Wählerreservoir vergrößert werden. Zum anderen sollen Verbindungen zu gesellschaftlichen Kräften gestärkt werden. Wie bedeutsam dieses – in Strategiepapieren der LINKEN ausdrücklich erwünschte und von der PDS bereits bei der Bundestagswahl 1990 praktizierte<sup>7</sup> – Instrument sein kann, lässt sich am Beispiel von Tobias Pflüger illustrieren. Seine Parteikarriere begann der Friedensaktivist mit einem parlamentarischen Seiteneinstieg auf einem aussichtsreichen Listenplatz der PDS zur Europawahl 2004. 2010 wurde er in den erweiterten Parteivorstand gewählt. Seit 2014 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender.

Generell zeichnet sich die Beziehung von Parteien zu ihren Vorfeldorganisationen durch eine Loslösung aus. Die einst in der Epoche der Massenintegrationsparteien starken Verbindungen untereinander haben sich abgekühlt. Gelegentliche Versuche zu ihrer Revitalisierung haben sich als wenig erfolgreich erwiesen. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Organisationsverständnisse und zu deutlich wechselseitige Vorbehalte zwischen Parteimitgliedern auf der einen Seite und Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Bewegungen auf der anderen.<sup>8</sup> Vergleicht man die wahrgenommenen Einflüsse von kollateralen Organisationen bei Kandidatenaufstellungen zeigt sich bei der LINKEN, dass Gewerkschaften noch den – auf einem insgesamt niedrigen Niveau – größten Einfluss ausüben, wohingegen von Wirtschaftsverbänden der geringste aller verglichenen Parteien ausgeht.<sup>9</sup>

Wechselt man die Analyseebene und betrachtet die gesellschaftliche Verankerung der LINKEN in den Kommunen, bietet sich ein gemischtes Bild. Aus Sicht führender Vertreter des parteinahen Jugendverbands sei die Partei „in den meisten Orten noch weit davon entfernt, *das* Sammelbecken für linke AktivistInnen und Aktivitäten zu sein“.<sup>10</sup> Eine Bewertung wie diese ist aber vom zugrundgelegten Maßstab abhängig. Wird das gesamte, äußerst heterogene, linksradikale/-anarchische/-autonome/-extreme Milieu adressiert, sind erhebliche Integrationsdefizite der Partei evident. Viele aus diesem Spektrum verstehen linke Politik als eine

vielfältig in Erscheinung tretende Bewegungspolitik. Diese muss jedoch nicht einmal durch den kleinsten gemeinsamen Nenner überaus integrativer Feindbilder, wie „Kapitalismus“ oder „Faschismus“, geeint sein.<sup>11</sup> Und viele können dem Gedanken wenig abgewinnen, sich in einem organisatorische, programmatische, wahltaktische, legislative oder „schlimmstenfalls“ sogar exekutive Zwänge produzierenden Parteiapparat zu engagieren.<sup>12</sup> Somit verkörpert DIE LINKE nach leninistischer Lesart von „Partei“ keine Avantgarde<sup>13</sup>, die die Richtung der Kämpfe anzeigen und die linken gesellschaftlichen Kräfte führen würde.

Wählt man aber eine integrationstheoretische Perspektive der Parteienforschung und setzt die Linkage-Arbeit der Linkspartei in Relation zu der ihrer Konkurrenten im Parteiensystem, kann man ihr nicht vorwerfen, sich nicht um eine Annäherung an ihre „natürliche“ Klientel zu bemühen. Dabei kann ihr vor allem in den neuen Bundesländern ein gewisser Erfolg beschieden werden. Dort teilt sie Parteiaufgaben geschickt auf, wie jüngst am Beispiel des Kreisverbands in Leipzig gezeigt wurde: „Die Basis verfügt über eine recht weitreichende Autonomie, kann innerhalb dieser politische, ökonomische, kulturelle und beliebige andere Themen behandeln, diskutieren und sogar Programmpapiere beschließen. Die Parteifunktionäre indes beanspruchen die Hoheit über die harten Fragen der Politik, insbesondere über die mögliche Besetzung der Wahllisten und Parteiämter“.<sup>14</sup> Auch in westdeutschen Kommunen gelingt es der LINKEN, Nähe zu Vorfeldorganisationen herzustellen, oftmals besser als der früheren PDS.<sup>15</sup> Dabei profitiert sie von der Themen- und Personenvielfalt der ehemaligen WASG. Jedoch scheint sie vielerorts nicht den wechselseitigen Durchdringungsgrad mit Vorfeldorganisationen zu erreichen, wie er für andere Parteien typisch ist.<sup>16</sup> Festgehalten werden kann, dass sie in den alten Bundesländern kommunalpolitisch schwächer verankert ist als in den neuen.



- 1| *Bergsdorf 2008: 97.*
- 2| *Zur politikwissenschaftlichen Diskussion über Begrifflichkeiten und Typologisierungsansätze vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2015a; Dovermann 2011; Funke 1978; Jesse 2015b; Mannewitz 2015; Pfahl-Traughber 2014.*
- 3| *Deutz-Schroeder/Schroeder 2015b: 20.*
- 4| *DIE LINKE 2011: 73.*
- 5| *Es wurde am 23.10.2011 mit einer Zustimmung von 96,9 Prozent der anwesenden Delegierten beschlossen und bei einem Mitgliederentscheid vom 17.11. bis 15.12.2011 mit 95,8 Prozent bestätigt.*
- 6| *DIE LINKE 2011: 73.*
- 7| *Vgl. Jesse 2015a: 98.*
- 8| *Vgl. Höhne 2015a: 48-55.*
- 9| *Siehe Höhne 2013: 254 f.*
- 10| *Wolter/Dieckmann 2014: 2, Hervorhebung i.O.*
- 11| *Senatsverwaltung 2015.*
- 12| *Vgl. Baron 2011; Kane 2011; Erb 2011.*
- 13| *Vgl. Lenin 2012.*
- 14| *D'Antonio 2015: 145.*
- 15| *Für den „Sonderfall“ Berlin vgl. Erb 2011: 211 f.*
- 16| *Vgl. D'Antonio 2015: 362-383.*

## LINKE Zukunftsszenarien

Welchen Weg wird DIE LINKE zwischen den innerparteilich angelegten Polen des Extremismus, des Populismus und des Regierungspragmatismus einschlagen? Hilfreich bei der Beantwortung dieser Frage sind kontrastierende Szenarien. Mit dem ersten hier zu entwickelnden, dem Trendszenario, werden gegenwärtig sichtbare Entwicklungen fortgeschrieben. Es wird flankiert von zwei sogenannten Extremszenarien, die für die Partei entweder positiv oder negativ ausfallen. Szenarien sind weder Prognosen noch prophetische Vorhersagen. Ihre Aufgabe ist es, auf Basis aktuellen Wissens mögliche zukünftige Trends herauszuarbeiten.

Szenarien sind von Einflussfaktoren wie besonderen Ereignissen bzw. Entscheidungen abhängig.<sup>1</sup> Ein für die Zukunft der LINKEN höchst relevanter Kulminationspunkt wäre deren Regierungsbeteiligung im Bund in Form ihrer einzigen Machtoption, d.h. einem rot-rot-grünen Bündnis.<sup>2</sup> Nach Einschätzung von Dietmar Bartsch trage die „Frage nach Regieren und Opponieren [...] in der Linken schon Züge eines Glaubenskampfes“.<sup>3</sup> Zwar hat die Nicht-Entscheidung ebenso wie die Entscheidung für oder gegen eine solche Koalition für DIE LINKE den Vorteil, dass sie keinem externen Ereignis ausgeliefert wäre, sondern ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen kann. Dies ändert jedoch nichts an der ideologischen und strategischen innerparteilichen Sprengkraft einer solchen Entscheidung.<sup>4</sup> Bei der Szenarienbildung steht diese Frage im Mittelpunkt. Je nachdem ob man sich gar nicht, für oder aber gegen das Mitregieren positioniert, kommen drei LINKE Zukunftsszenarien in Betracht.

Die Legislaturperiode in einem parlamentarischen Regierungssystem wie dem der Bundesrepublik Deutschland kann kürzer ausfallen als nach dem regulären Turnus vorgesehen, nämlich wenn eine Regierung ihre mehrheitliche Unterstützung im Parlament verliert und sich nicht gleichzeitig eine neue bildet. Auch wenn die folgenden Szenarien ihren Ausgangspunkt theoretisch schon in naher Zukunft finden könnten, wird hier davon ausgegangen, dass sich die amtierende Große Koalition bis zum Ende der regulären Wahlperiode behaupten und somit die nächste Wahl wie geplant im Herbst 2017 stattfinden wird – trotz der erheblichen Risiken, die mit der sich im vierten Quartal 2015 verschärften Flüchtlingskrise und deren bisher nur andeutungsweise absehbaren Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft verbunden sind.

Ausgehend von der Frage der Regierungsbeteiligung, die wiederum die längst noch nicht als gegeben zu betrachtenden Bedingungen der Mandatsmehrheit eines Linksbündnisses, den Kooperationswillen von SPD<sup>5</sup> und Grünen, deren Anerkennung der Regierungswilligkeit und -fähigkeit der LINKEN sowie fehlende Koalitionialternativen zur Voraussetzung hat,<sup>6</sup> werden drei Szenarien für die zukünftige Parteientwicklung entworfen. Diese stellen sich, auf eine Kurzformel gebracht, folgendermaßen dar:

- „Durchwursteln“ (*Trendszenario*): Ausgangspunkt: kein Eintritt in die Bundesregierung. Innerparteiliche Konflikte werden nicht gelöst, Entscheidungen aufgeschoben. Die Fronten zwischen Pragmatikern und Dogmatikern verfestigen sich. Innerhalb des linken Flügels bleibt die Gemengelage unübersichtlich. Nach außen präsentiert sich die Partei oft widersprüchlich. Jedoch lassen linkspopulistische Äußerungen bzw. Forderungen von Spitzenpolitikern dies medial in den Hintergrund treten. Die Aussicht auf gemeinsame Wahlerfolge, die jedoch geringer als bisher ausfallen, schweißt zusammen.
- „Konsolidierung und Neuprofilierung“ („*Best case*“-Szenario): Ausgangspunkt: Eintritt in die Bundesregierung. Damit ist die wichtigste innerparteiliche Streiffrage geklärt. Coup-artig und nur mit einer knappen Mehrheit haben sich die Pragmatiker durchgesetzt, v.a. aufgrund ihrer Personal-, Finanz- und Organisationsmacht. Im linken Flügel kommt es nach anfänglichen Tumulten zu einem sukzessiven „Clearing-Prozess“. Ultraorthodoxe verlassen die Partei und schwächen deren linkes Spektrum dadurch weiter. Aber beide Flügel sollen gleichbe-

rechtigt bleiben. Beim Regieren werden den Dogmatikern Zugeständnisse gemacht, wengleich vielfach rein symbolische. Nach außen kann sich die Partei relativ geschlossen darstellen. Aber sie verliert merklich an gesellschaftlicher Zustimmung und muss bei Wahlen um das Überspringen der Sperrklausel bangen.

- „Spaltung und Bedeutungsverlust“ („*Worst case*“-Szenario): Ausgangspunkt: Eintritt in die Bundesregierung. Die Pragmatiker hatten handstreichartig für eine dafür notwendige Parteitagsmehrheit gesorgt. Chaotische innerparteiliche Zustände sind die Quittung. Die Partei bricht auseinander. Im Zuge der zugespitzten Lage formieren sich aus den Flügeln heraus zwei neue Parteien. Die Koalition der nunmehr „rechten Linkspartei“ mit SPD und Grünen hält sich noch eine Zeitlang im Sattel, obwohl sie nur noch über eine hauchdünne Bundestagsmehrheit verfügt. Viele Pragmatiker wechseln in den kommenden Jahren zur SPD. Im linken Flügel gibt man sich anarchistisch. Nur wenige finden sich in der „linken Linkspartei“ zusammen. Diese mutiert zur Splitterpartei.

Im Detail stellen sich die Szenarien wie folgt dar.

## **DURCHWURSTELN**

Die mehr oder minder integrative Weiterentwicklung der Partei ist für die nahe und mittlere Zukunft das am ehesten zu erwartende Szenario. Die Frage einer Regierungsbeteiligung im Bund stellt sich nicht wirklich, denn die Große Koalition wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch nach 2017 fortgesetzt werden.<sup>7</sup> Parteiintern ist die Ansicht weit verbreitet, dass sich die Partei bis zur nächsten Bundestagswahl sowieso nicht auf Regierungskurs bringen ließe. So verharret man bei dieser Frage im – nicht unbequemen – Status quo. Zwar sollten, wenn es soweit ist, Sondierungsgespräche geführt werden, aber nur, um eigene Positionen öffentlichkeitswirksam zu markieren und sich vom politischen Kontrahenten abzugrenzen.<sup>8</sup> Ähnlich wird sich die Situation aller Voraussicht nach auch bei der übernächsten Wahl des Deutschen Bundestages darstellen. Spätestens dann wird sich in der Rückschau zeigen, dass die rot-rot-grüne Option mit dem Abdanken Gysis noch unwahrscheinlicher geworden war.

Seine Nachfolger verfügen nicht annähernd über dieselbe innerparteiliche Autorität. Sie verwenden mehr Energie darauf, strategisches Konfliktpotenzial zu umschiffen als es zu lösen. Die gedoppelten Spitzen von Partei und Fraktion weisen einen moderierenden Führungsstil auf und vermitteln zwischen gegensätzlichen innerparteilichen Positionen. Die Flügel demonstrieren zunehmend ihre Ausgleichsfähigkeit untereinander, auch wenn es immer wieder mal holprig zugeht.<sup>9</sup> Kompromisse werden gefunden, gegen Widerstände in den jeweils eigenen Reihen durchgesetzt und von führenden Gesichtern sowohl nach innen wie auch nach außen vertreten. Pragmatiker und Dogmatiker beherzigen Gysi Vermächtnis und halten die Flügel zusammen – koste es was es wolle.

Inhaltliche Voraussetzungen für dieses „Weiter so“ sind gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen und die Motivation vermeintlich vorherrschende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Organisationskulturell kommen sich der ost- und der westdeutsche Parteiflügel näher. Manche kulturelle Differenz wächst sich demografisch aus. Gerade die jüngere Generation macht sich für eine zwischen den Flügeln vermittelnde Politik stark, auch unter Akzentuierung eigener Positionen jenseits der binären Machttechnik, insbesondere unter dem Dach der Emanzipatorischen Linken. Personell agiert die Partei geschickt. Von Anbeginn an hatte sie sich sorgsam beim Austarieren von Personalpaketen gezeigt.<sup>10</sup> Beide Flügel und deren Untergruppierungen werden bei der Besetzung von innerparteilichen Ämtern, insbesondere in Vorständen, und von Wahlkreiskandidaturen bzw. Listenplätzen ausgleichend repräsentiert.

Strategisch ist den Flügeln daran gelegen, bei Wahlen möglichst gut abzuschneiden. Allerdings entfalten Kipping/Riexinger und Bartsch/Wagenknecht keine Wähleranziehung wie Gysi/Lafontaine bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Jenem „populär-populistischen Tandem“<sup>11</sup> war es gelungen, gerade auch Wählerinnen und Wähler aus den alten Bundesländern mit niedrigeren Bildungsgraden und/oder ohne Job anzusprechen und von der Stimmabgabe für die Partei zu überzeugen. Aufgrund dessen waren für DIE LINKE in ihrer Lafontaine-Phase „verstärkt populistische Züge“<sup>12</sup> ausgemacht worden. Das Führungsquartett der Partei im Jahr 2016 setzt diesen Kurs so nicht fort. Hinzu kommt, dass sich die Mobilisierungsfähigkeit sozialen Protestpotenzials durch die Konkurrenz zur rechtspopulistischen AfD, die sich ebenfalls auch als Sprachrohr ökonomisch benachteiligter Menschen geriert, dezimiert hat.

## KONSOLIDIERUNG UND NEUPROFILIERUNG

Gysis Verdienste für seine Partei – Burgfrieden innen und Wählbarkeit außen – hatten eine Kehrseite. Offene Fragen wurden nicht geklärt, Gegensätze übertüncht. Von Anbeginn an hatte sich DIE LINKE gescheut, klar zu benennen, was die von ihr angestrebte Transformation des ökonomischen Systems für die parlamentarische Demokratie bedeuten würde. Aber womöglich wäre eine eindeutige Positionierung zu viel verlangt gewesen. Schließlich hielten sich die Flügel bei dieser Frage wechselseitig in Schach. Bartsch und Wagenknecht wollen so nicht weitermachen und endlich zentrale Richtungsfragen beantworten, freilich jeder in seinem Sinne. Wenig überraschend zeigt sich, dass es keine Klärung geben wird, die von beiden Flügeln gleichermaßen akzeptiert würde. Im Alleingang sorgen die Pragmatiker deshalb, zudem taktisch geschickt und sorgsam vorbereitet, für innerparteiliche Unterstützung eines rot-rot-grünen Regierungsprojekts. Schließlich gibt eine knappe Mehrheit der Delegierten auf einem Bundesparteitag grünes Licht für den Gang in die Regierung. Im Zuge dieses Coups gerät die Partei in starke Turbulenzen.

Die Pragmatiker sind um eine Glättung der Wogen bemüht. Sie signalisieren Verständnis und Rücksichtnahme und sind zu Zugeständnissen gegenüber den Überrumpelten bereit. Eine Zerreißprobe wollen sie unter keinen Umständen riskieren. Die Trennung vom linken Flügel kommt für sie allein schon deshalb nicht in Frage, weil sie nicht auf dessen elektorale Anziehungskraft im linksgerichteten Milieu verzichten wollen. Mittelfristig soll die Partei aber so aufgestellt werden, dass sie ihre Stärke in den neuen Bundesländern behaupten kann und die Dogmatiker in den alten weiter geschwächt werden.

Auf diesem zweifelsohne steinigen Weg erweist es sich von Vorteil, dass sich Bartsch nicht vor rigiden Führungsentscheidungen scheut und inzwischen bis in das linke Lager hinein Anhänger gesammelt hat. Wo er und sein Verbündeter Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und zugleich FDS-Repräsentant, im Verborgenen an möglichst konsensorientierten, aber im Sinne der eigenen Sache zielgerichteten Kompromissen arbeiten, sucht Wagenknecht in gewohnter Manier das mediale Rampenlicht. Fatal für ihren Flügel ist, dass sie dabei nicht in der Lage ist, die linken Strömungen bzw. Arbeitsgemeinschaften geschlossen in Stellung zu bringen, weder für einen eigenständigen Weg außerhalb der LINKEN noch als wirkungsmächtiger Opponent der „Partei-rechten“.

So dauert es nicht mehr lang bis Wagenknecht vom Fraktionsvorsitz zurücktritt. Der linke Flügel wirkt kopf- und führungslos. Es kommt zu einem schrittweisen, über mehrere Jahre andauernden „Clearing-Prozess“. Ein Teil – die Kompromisslosen – wirft entnervt das Handtuch, tritt aus der Partei aus und sucht sich eine neue politische Heimat in einer linken Splitterpartei oder Kleinstgruppierung. Ein anderer – die Beharrlichen – verbleibt zähneknirschend dort, wofür verschiedene Motive ausschlaggebend sind.<sup>13</sup> Ein wichtiges ist die Ansicht, dass linksalternative bis -radikale Ansätze nur dann parteipolitische Relevanz für sich beanspruchen können, d.h. einen gewissen gesamtgesellschaftlichen Mitgestaltungsanspruch ausstrahlen können, wenn sich die eigene Partei nicht zu einer Art leicht nach links versetzter Kopie der SPD entwickelt. Ein anderes Motiv findet sich in der begründeten Furcht vor einem Macht- und Aufmerksamkeitsverlust der eigenen Person.

## **SPALTUNG UND BEDEUTUNGSVERLUST**

Wie beim vorherigen Szenario streben die Pragmatiker den von ihnen ersehnten Gang in ein rot-rot-grünes Bündnis an. Unter Einsatz aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel stellen sie dieses auch auf die Beine. Aber: Es kommt zum offenen und auf beiden Seiten erbittert ausgetragenen Konflikt. Wenig später zerbricht die Partei in einer Dynamik, die bis dato unbekannte Kräfte freisetzt. Welche Sprengkraft vom Regierungseintritt ausgehen würde, war den Pragmatikern nicht klar, auch wenn dies einige Indizien lange zuvor bereits angedeutet hatten. Nur wurden sie des Burgfriedens wegen nicht so recht ernst genommen. Die zum Göttinger Parteitag 2012 medial bekannt gewordene innerparteiliche Kultur des Misstrauens – die ihren Höhepunkt in einer „Beinahe-Spaltung“<sup>14</sup> hatte – war trotz anfänglich positiver Zeichen im Zuge der Wahl der Fraktionsdoppelspitze im Herbst 2015 letzten Endes doch nicht überwunden worden. Die führenden Vertreter der Flügel waren nicht mehr Willens oder in der Lage sich aufeinander zuzubewegen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Selbst Formelkompromisse wurden nicht mehr gefunden. So traten die Pragmatiker die Flucht nach vorn an, bereiteten das Links-Bündnis vor und brachten damit bei den Dogmatikern das Fass zum Überlaufen.

Feindbilder schweißen zusammen und lassen Sentimentalitäten in den Hintergrund treten. Totengräber auf beiden Seiten der Partei verabschie-

den sich sang und klanglos von der LINKEN. Sie gründen kurzerhand zwei neue Parteien. Die Pragmatiker nennen ihre selbstbewusst „Die Regierungslinke (RL)“. Bei Wahlen gelingt ihr aber nur der Einzug in ostdeutsche Parlamente. Bei Bundestagswahlen wird das Überspringen der Sperrklausel zunehmend ungewiss. Diese Partei besteht nur für eine Übergangszeit – zu groß sind die personellen und programmatischen Fliehkräfte in Richtung SPD. Sozialdemokraten nutzen die Gunst der historischen Stunde und arbeiten mit Verve daran, beitrittswillige Mitglieder neu zu beheimaten.

Innerhalb des linken Flügels wollen vor allem die Dogmatiker, die über ein Mandat verfügen, eine neue Partei gründen. Ihr vorläufiger Name ist: „Wirklich Wahre Linke. Jetzt! (WWL.J!)“. Ehemalige PDS-Arbeitsgemeinschaften liebäugeln mit der Wiedergründung der SED oder wenigstens der PDS. Einige West-Orthodoxe kehren voller Enttäuschung wieder in den Schoß der DKP zurück. Bewegungsnähere Vertreter schließen mit Parteiengagement gänzlich ab. Die WWL.J! schlägt einen radikalen Anti-Systemkurs ein. Hatten politikwissenschaftliche Beobachter die Möglichkeit der Entwicklung hin zu einer Anti-Systempartei der Partei DIE LINKE ausgeschlossen<sup>15</sup> oder lediglich einen „antidemokratischen Einschlag“<sup>16</sup> ausgemacht, ist die Situation bei der zügellosen neuen linken Linkspartei eindeutig. Jedoch ist ihre Bedeutung im deutschen Parteiensystem vernachlässigbar.



- 1| Vgl. Retzmann 2001: 366.
- 2| Siehe dazu auch Abschnitt „Kleine Strömungslehre: Konsolidierung durch Flügelbildung?“ und die detaillierte Analyse bei Oppelland/Träger 2014: 140-154.
- 3| Bartsch 2013: 185.
- 4| Vgl. dazu bspw. Neu/van Hüllen 2012: 31 und gegenteilig Oppelland/Träger 2014: 147. Letztere machen bei der PDS/DIE LINKE ein Muster aus, dass trotz Bekenntnissen zur Opposition letztlich immer die Regierungszusammenarbeit innerhalb des linken Lagers gewählt worden war. Jedoch trifft diese Beobachtung – wenn überhaupt – nur für die Landesebene zu. Eine Entscheidung für oder gegen eine Beteiligung an einer Landesregierung birgt keine Sprengkraft für die Bundespartei, denn sie findet innerhalb eines bei dieser Frage inhaltlich eher homogenen Flügels statt, der sich zudem auf einen abgesteckten regionalen Bereich erstreckt. Die dogmatischen Verbände in den alten Bundesländern zeigen sich reserviert, wohingegen die pragmatischen in den neuen offen sind. Auf der Bundesebene dagegen würde der vom pragmatischen Flügel angestrebte Eintritt in eine Regierung für den linken, angesichts der Inkompatibilitäten zwischen eigenen Politikvorstellungen und einigen von SPD und Grünen, kaum tragbar sein.
- 5| Immerhin will die SPD zukünftig keine Koalition wie etwa mit der LINKEN, aber mit Ausnahme rechtspopulistischer oder rechtsextremistischer Parteien, grundsätzlich ausschließen, so die Kernaussage eines im November 2013 beschlossenen Leitantrags (siehe Leitantrag Perspektiven. Zukunft. SPD!).
- 6| Vgl. dazu auch Niedermayer 2015a: 848 f.
- 7| Zu dieser Einschätzung vgl. Niedermayer 2015a: 250.
- 8| Zur innerparteilichen Diskussion darüber vgl. Feltes 2015: 10, 15.
- 9| Vgl. dazu auch schon Neugebauer/Stöss 2015: 171.
- 10| Vgl. Höhne 2013: 265 f., 282-284.
- 11| Jesse 2015a: 99.
- 12| Decker 2015: 191.
- 13| Vgl. dazu die theoretische Kategorisierung von Parteimitgliedern in policy-seeker und office-seeker und deren Verhalten bei Unzufriedenheit mit der eigenen Partei zwischen den Polen des exit, voice und loyalty nach dem Organisationssoziologen Albert O. Hirschman (1970) am Beispiel der SPD nach den Agenda 2010-Reformen bei Stoy/Schmid 2011.
- 14| Von Lucke 2015b: 5.
- 15| Vgl. bspw. Schmid/Zolleis 2009: 59.
- 16| Mannewitz 2015: 80.

## Fazit

Was hält DIE LINKE zusammen, was treibt sie auseinander und mit welchen hypothetischen Zukunftsszenarien ist zu rechnen? Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass zentrifugale Anschauungen, bis hinein in den Linksextremismus, zentripetalen programmatischen Identifikationsleuchttürmen entgegen wirken.<sup>1</sup> Zu letzteren gehört das Selbstverständnis als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“, neben der SPD und in Konkurrenz zu ihr. Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ nahm im Programm zur Bundestagswahl 2013 einen herausgehobenen Stellenwert ein und wurde seither wieder deutlicher von führenden Mitgliedern in den Vordergrund gerückt.<sup>2</sup> Jedoch mangelt es an konkreten Vorschlägen und Ansätzen, die diesem „Markenkern“ in einer sich rasant verändernden Umwelt zukunftsweisend Substanz und Beweglichkeit verleihen würden.

Mit dem ungebrochenen Streben nach einem Wechsel des Wirtschaftssystems von der vermeintlichen Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen hin zu einer sozialistischen Gesellschaft bzw. zum demokratischen Sozialismus übt die Partei Systemkritik.<sup>3</sup> Zugleich grenzt sie sich von politischem Pragmatismus ab – oder wie sie es ausdrückt von der „neoliberalen Konsenssoße“.<sup>4</sup> Deshalb wird sie in Teilen der Bevölkerung nach wie vor als einzige Alternative zu den etablierten Parteien wahrgenommen. Diesem Alleinstellungsmerkmal bzw. seinem Beitrag für den gedeihlichen Fortbestand der Partei droht jedoch aus zwei Richtungen eine Schwächung. Erstens steht sie bei der Mobilisierung von Protestpotenzial bei Wahlen, zumindest teilweise, in Konkurrenz zur AfD. Zweitens nimmt

sie in gleich zwei Bundesländern eine „staatstragende Rolle“ ein (Thüringen und Brandenburg), die mäßigend auf die Partei wirkt und sie mehr in die linke Mitte des Parteiensystems rückt.

Personalquerelen und inhaltliche Streitereien sind in den vergangenen Monaten merklich in den Hintergrund getreten. Die doppelte Doppelspitze weist einen integrativen Führungsstil auf. Die Co-Parteichefs Kipping und Riexinger haben nach dem Tiefpunkt der Parteigeschichte um den Göttinger Parteitag 2012 herum<sup>5</sup> bereits zur Konsolidierung beigetragen. Bartsch und Wagenknecht scheinen ebenfalls gewillt zu sein, die Fraktion gemeinsam zusammenzuhalten und zu führen. Jedoch herrscht nicht mehr als ein Burgfriede vor. Dieser dürfte bis zur kommenden Bundestagswahl erhalten bleiben, wahrscheinlich auch noch eine Zeit lang danach. Eine Lösung zentraler Streitfragen wie die nach Regierungsbeteiligung im Bund ist nicht in Sicht bzw. nicht gewollt. Eine Spaltung der Partei soll unbedingt verhindert werden – darin sind sich Pragmatiker und Dogmatiker einig.

Die wohl bedeutendste Entwicklung für die Zukunft der LINKEN ist eine andere, eine schleichende, aber bereits deutlich sichtbare. Der skizzierte Mitgliederrückgang und die Wahlverluste in den zurückliegenden Jahren schwächen die soziale und organisatorische Basis, die – wie gezeigt – zudem ungleich zwischen neuen und alten Bundesländern verteilt ist. Die Präsenz in der Fläche nimmt ab. Zudem kann von einer Führungsrolle der LINKEN in der linken Szene keine Rede sein; vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen wird sie noch unwahrscheinlicher. Dieses Unvermögen ist womöglich ihr größtes Defizit; auf jeden Fall bedroht es ihre soziale Kommunikations-, Rekrutierungs- und Kampagnenfähigkeit.

Wenn es zukünftig schwieriger werden sollte, an Wahlerfolge anzuknüpfen, die DIE LINKE zu Beginn ihres Bestehens verbuchen konnte und so weder von der PDS noch von der WASG erzielt worden waren, wird auch deren Funktion als Kitt für innerparteiliche Differenzen neuen Belastungsproben ausgesetzt werden. Auch wenn es zu früh wäre, das Totenglöckchen für DIE LINKE zu läuten, kommen auf sie – dies legen die skizzierten inhaltlichen, strategischen und organisationsinternen Herausforderungen nahe – stürmische Zeiten zu. Dauerhaft wird der Spagat zwischen der innerparteilich verbreiteten Extremismussehnsucht und einem sich immer mal wieder bahnbrechendem Populismus einerseits sowie dem Regierungspragmatismus andererseits kaum aufrechtzuerhalten sein. Doch

darin liegt die Krux, denn lösen sich zentrale Elemente aus der Partei heraus oder werden aufgegeben, sinkt die Anziehungskraft in bestimmten gesellschaftlichen Schichten, was wiederum beinahe zwangsläufig einen Verlust an relativer Stärke im deutschen Parteiensystem zu Folge haben wird.

1| *Vgl. Neu 2011.*

2| *Vgl. Jesse 2014: 241; Niedermayer 2015a: 847.*

3| *Siehe DIE LINKE 2011: 72.*

4| *Bartsch 2013: 184.*

5| *Siehe Jesse 2014: 232.*

## LITERATUR

**Sekundärliteratur**

- *Baron, Udo (2011): Die linksautonome Szene, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1135, Bonn, S. 231-245.*
- *Bartsch, Dietmar (2013): Ideen, die zur materiellen Gewalt werden: Die Linke zwischen Höhenflug, Stagnation und neuem Aufbruch, in: Eckert, Georg/Novy, Leonard/Schwickert, Dominic (Hrsg.): Zwischen Macht und Ohnmacht. Facetten erfolgreicher Politik, Wiesbaden, S. 180-187.*
- *Bartsch, Kolja (2007): Die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei „Die Linke.“, Nr. 38/07, in: Deutscher Bundestag/ Wissenschaftliche Dienste (Hrsg.): Der aktuelle Begriff 2007, Berlin, S. 316-319.*
- *Bergsdorf, Harald (2008): Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn.*
- *Beyme, Klaus von (1997): Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Wiesbaden.*
- *Bierbaum, Heinz (2015): Profilierung links von der Sozialdemokratie. DIE LINKE nach Bielefeld, in: Sozialismus, 42. Jg., H. 7-8, S. 52-54.*
- *Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2015): Bürger zu Beteiligten machen. Thüringen, der Rechtspopulismus und DIE LINKE, in: Sozialismus, Jg. 42, H. 1, S. 8-12.*
- *Brandt, Peter/Brie, André/Brie, Michael/Wolf, Frieder Otto (2015): Von unten sieht man besser: Für einen linken Neubeginn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., H. 7, S. 81-88.*
- *Brie, Michael (Hrsg.) (2015): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Hamburg.*

- *D'Antonio, Oliver (2015): Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk. Über die lokale Verankerung politischer Parteien, Wiesbaden.*
- *Decker, Frank (Hrsg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden.*
- *Decker, Frank (2015): Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden.*
- *Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus (2015a): Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland. Eine empirische Studie, Frankfurt a.M.*
- *Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus (2015b): Linksextremistische Einstellungen in Deutschland, in: Mut, 50. Jg., H. 567, S. 14-29.*
- *Dovermann, Ulrich (Hrsg.) (2011): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1135, Bonn.*
- *Ellwart, Thomas/Russell, Yvonne/Blanke, Karla (2015): Führung als Doppelspitze: Co-Leitung erfolgreich managen, in: Dick, Rolf van/Felfe, Jörg (Hrsg.): Handbuch Mitarbeiterführung: Wirtschaftspsychologisches Praxiswissen für Fach- und Führungskräfte, Wiesbaden, S. 1-12.*
- *Erb, Rainer (2011): Die linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1135, Bonn, S. 201-230.*
- *Feltes, Tilmann (2015): Ist Marx wirklich Muss? DIE LINKE zwischen Klassenkampf und Regierungsbeteiligung, Marxismus-Kongress Berlin, 14.-17. Mai 2015, Parteienmonitor aktuell, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.*
- *Fislage, Franziska (2015): Vaterlose Linke. Parteitag DIE LINKE, Bielefeld, 6.-7. Juni 2015, Parteienmonitor aktuell, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.*

- *Funke, Manfred (Hrsg.) (1978): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Düsseldorf.*
- *Ganghof, Steffen/Stecker, Christian/Eppner, Sebastian/Heeß, Katja (2012): Flexible und inklusive Mehrheiten? Eine Analyse der Gesetzgebung der Minderheitsregierung in NRW, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 43. Jg., H. 4, S. 887-900.*
- *Grabow, Karsten (2008): Das Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 265-290.*
- *Heimann, Siegfried/Brandt, Peter (2014): Die SPD, die Partei Die Linke und das Jahr 2017, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, 61. Jg., H. 5, S. 53-56.*
- *Hennig-Wellso, Susanne (2015a): Den Erfolg fortsetzen. Herausforderungen für die Thüringer Linke, in: Disput, 8/2015, S. 10-11.*
- *Hennig-Wellso, Susanne (2015b): Mit LINKS regieren! Warum es Zeit für Rot-Rot-Grün in Thüringen wurde, was die Koalition verändern kann und was regieren für DIE LINKE bedeutet, in: Mit LINKS regieren?, S. 18-44.*
- *Hildebrandt, Cornelia (2009): DIE LINKE in Deutschland, in: Daiber, Brigit/Dies. (Hrsg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzen, Aufsätze zur politischen Bildung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 87-96.*
- *Hirschman, Albert O. (1970): Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States, Cambridge MA.*
- *Hoff, Benjamin-Immanuel (2014): die linke: partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform, Hamburg.*
- *Höhne, Benjamin (2015a): Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung, Sankt Augustin/Berlin.*

- *Höhne, Benjamin (2015b): Parteien als Vertreter außen- und sicherheitspolitischer Bevölkerungseinstellungen? Responsivität politischer Parteien in einem gouvernemental geprägten Politikfeld, in: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hrsg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde, Wiesbaden, S. 207-236.*
- *Höhne, Benjamin (2013): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen/Berlin/Toronto.*
- *Hough, Dan/Koß, Michael/Olsen, Jonathan (2007): The Left Party in Contemporary German Politics, Basingstoke u.a.*
- *Jesse, Eckhard (2015a): Auf dem Weg ins Establishment? Das Abschneiden der PDS/Die Linke bei den Wahlen seit 1990, in: Recht und Politik, 51. Jg., H. 2, S. 98-106.*
- *Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2015b): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus, Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderband 2015 I, Baden-Baden.*
- *Jesse, Eckhard (2014): Die Linke als dritte Kraft? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategie, Wahlergebnis, in: ders./Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden, S. 231-254.*
- *Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P. (2008): DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München.*
- *Kane, Marie-Isabel (2011): Das Politikverständnis in linksautonomen Publikationsorganen, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1135, Bonn, S. 247-261.*
- *Kipping, Katja (2015): Im Morgen verankern. Linke Strategien für eine veränderte Zukunft, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, H. 1/2015, S. 20-23.*
- *Knabe, Hubertus (2009): Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Berlin.*



- *Koniczek, Constantin (2015): Strategische Interaktionen im Feld des Regierens. PDS und Linkspartei als Kooperationspartner der SPD auf Landesebene, Baden-Baden.*
- *Lang, Jürgen P. (2010): Akzeptanz trotz extremistischer Tendenzen? Wahlerfolge, Wahlkampf und Politik der Linken, in: Jesse, Eckhard/ Sturm, Roland (Koord.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München, S. 257-278.*
- *Lenin, Wladimir Iljitsch (2012): Staat und Revolution, Hamburg (Erstauflage: 1917).*
- *Leonhard, Elke/Leonhard, Wolfgang (2009): Die Linke Versuchung. Wohin steuert die SPD?, Berlin.*
- *Liebich, Stefan/Woop, Gerry (Hrsg.) (2013): Linke Außenpolitik. Reformperspektiven, Potsdam.*
- *Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, London/New York, S. 1-64.*
- *Lucke, Albrecht von (2015a): Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken, München.*
- *Lucke, Albrecht von (2015b): Einheit in der Spaltung: Die Linkspartei nach Gysi, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., H. 7, S. 5-8.*
- *Mannewitz, Tom (2015): Jenseits von „Islamismus“, „Links-“ und „Rechtsextremismus“ – eine gefahrenorientierte Extremismustypologie, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus, Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderband 2015 I, Baden-Baden, S. 61-88.*

- Mayer, Tilman (1998): *Linkspopulismus als Herausforderung. Zum demagogischen Abschöpfen von Ressentiments*, in: *Die Politische Meinung*, Ausgabe 465/1998, S. 15-18.
- Montag, Tobias (2015a): *Vor der linkspopulistischen Wende? Europäischer Linkspopulismus und die Partei DIE LINKE*, *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Montag, Tobias (2015b): *Ein Jahr linker Ministerpräsident in Thüringen*, *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Müller, Werner/Neu, Viola (2013): *Das Geschichtsbild der Partei Die Linke*, in: Gallus, Alexander/Schubert, Thomas/Thieme, Tom (Hrsg.): *Deutsche Kontroversen*, Baden-Baden, S. 185-195.
- Neu, Viola (2013): *Wahlprogramm der Linken zur Bundestagswahl 2013. Bundesparteitag Dresden, 14. bis 16. Juni 2013*, *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Neu, Viola (2011): *Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011*, *Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik*, Nr. 110, Sankt Augustin.
- Neu, Viola (2007): *Linkspartei.PDS*, in: Decker, Frank/dies. (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden, S. 314-328.
- Neu, Viola (2004): *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden.
- Neu, Viola/Hüllen, Rudolf van (2012): *Mobilisierung des größtmöglichen Protestes. Gestaltungsanspruch und Zielsetzungen der Linkspartei*, in: *Die Politische Meinung*, Ausgabe 515/2012, S. 29-33.

- *Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (2015): Den Zenit überschritten: Die Linkspartei nach der Bundestagswahl 2013, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 159-173.*
- *Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (2008): Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 151-199.*
- *Neugebauer, Gero (2011): „Quo vadis? Wie DIE LINKE versucht, sich als Partei und für sich eine Position im Parteiensystem zu finden“. In: interne Konsolidierungsprozesse und Orientierungssuche im Fünf-Parteien-System, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, S. 157-177.*
- *Niedermayer, Oskar (2015a): Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 4, S. 830-851.*
- *Niedermayer, Oskar (2015b): Parteimitgliedschaften im Jahre 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 2, S. 371-395.*
- *Niedermayer, Oskar (2015c): Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014. Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 1, S. 21-38.*
- *Oppelland, Torsten (2015): Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 1, S. 39-56.*
- *Oppelland, Torsten/Träger, Hendrik (2014): Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden.*

- *Oppelland, Torsten/Träger, Hendrik (2012): DIE LINKE: Die Macht der Strömungen, in: Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland, Sonderheft der Zeitschrift für Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 189-218.*
- *Pfahl-Traughber, Armin (2014): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden.*
- *Pfahl-Traughber, Armin (2013): Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)/DIE LINKE, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 541-562.*
- *Retzmann, Thomas (2001): Die Szenariotechnik – ein komplexes Lehr-/Lern-Arrangement für die interdisziplinäre politische Bildung im Fach Sozialwissenschaften. In: Gegenwartskunde, 50. Jg., H. 3, S. 363-374.*
- *Rudzio, Wolfgang (2015): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.*
- *Schmid, Josef/Zolleis, Udo (2009): Entwicklung ausgewählter Parteien: Dramatische Krisen – oder geplanter Wandel?, in: Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Schwalbach/Ts., S. 50-68.*
- *Spier, Tim (2012): Realisierbare Koalitionsoption im Zeithorizont 2013/2017? Perspektiven von Rot-Rot-Grün, in: Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden, S. 369-388.*
- *Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.) (2007): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden.*
- *Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.) (2011): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden.*

- *Stoy, Volquart/Schmid, Josef (2011): Der Aufstieg der Linkspartei – oder was passiert, wenn Loyalität schwindet, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg., H. 2, S. 346-364.*
- *Switek, Niko (2015): Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden.*
- *Werner, Alban (2015): Strategie und DIE LINKE. Das Einfache, das nur sehr schwer zu machen ist, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 207, S. 60-63.*
- *Wilke, Manfred/Baron, Udo (2009a): „Die Linke“. Bündnis und Koalitionenspolitik der Partei, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik, Nr. 96, Sankt Augustin.*
- *Wilke, Manfred/Baron, Udo (2009b): „Die Linke“. Politische Konzeption der Partei, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik, Nr. 97, Sankt Augustin.*
- *Wolter, Kerstin/Dieckmann, Sophie (2014): Vom Wetter reden? Die LINKE und ihr Studierendenverband, in: LuXemburg Online. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/vom-wetter-reden-die-linke-und-ihr-studierendenverband/> (Abruf: 01.12.2015).*
- *Zelik, Raul (2014): Eine Perspektive der Subalternen. Die LINKE und die Außenpolitik, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, H. 3/2014, S. 130-133.*
- *Zohlnhöfer, Reimut/Engler, Fabian (2015): Politik nach Stimmungslage? Der Parteienwettbewerb und seine Policy-Implikationen in der 17. Wahlperiode, in: Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden, S. 137-167.*

## **Zeitungen**

- *Berliner Zeitung*, 01.10.2015.
- *Das Parlament*, 19.10.2015.
- *DIE WELT*, 14.10.2105.
- *DIE ZEIT*, 03.12.2015.
- *F.A.Z.*, 20.06.2015.
- *F.A.Z.*, 23.09.2015.
- *F.A.Z.*, 14.10.2015.
- *F.A.Z.*, 04.11.2015.
- *F.A.Z.*, 18.11.2015.
- *NZZ*, 15.10.2015.
- *Süddeutsche Zeitung*, 13.10.2015.

## **Primärliteratur**

- *ARD-DeutschlandTrend*. Dezember 2015.
- *Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE (2015): Positionspapier „Auftreten für einen Neustart“, beschlossen am 21.09.2015.*
- *Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2015): Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin.*
- *Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2011): Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin.*
- *Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2009): Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin.*

- *Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin.*
- *Bundessatzung der Partei DIE LINKE, zuletzt geändert auf dem Bundesparteitag vom 06.-07.06.2015 in Bielefeld.*
- *Der Bundeswahlleiter (2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 3, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Wiesbaden.*
- *DIE LINKE. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014, 23.09.2015. – [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_jb01\\_jahrtab1.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp) (Abruf: 17.12.2015)*
- *Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden, Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, in: <http://www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/> (Abruf: 01.12.2015)*
- *DIE LINKE (2011): Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011.*
- *Leitantrag Perspektiven. Zukunft. SPD! Ordentlicher Bundesparteitag in Leipzig vom 14. bis 16. November 2013. – [https://www3.spd.de/linkableblob/111756/data/20131114\\_leitantrag\\_zukunft.pdf](https://www3.spd.de/linkableblob/111756/data/20131114_leitantrag_zukunft.pdf) (Abruf: 01.12.2015).*
- *Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (Hrsg.) (2015): Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin.*

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AfD	Alternative für Deutschland
AG	Arbeitsgemeinschaft
AKL	Antikapitalistische Linke
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BAK	Bundesarbeitskreis
Cuba Sí	Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Die Linke.SDS	Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierenden- verband
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EL	Europäische Linke
Ema.Li	Emanzipatorische Linke
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FDS	Forum Demokratischer Sozialismus
GSoD	Geraer/Sozialistischer Dialog
KPF	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE
KVEL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
MF	Marxistisches Forum



NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SAV	Sozialistische Alternative
SL	Sozialistische Linke
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V., ab 2005: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahl- alternative

## DER AUTOR

*Dr. Benjamin Höhne ist seit April 2016 Stv. Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) in Halle an der Saale. Zuvor war er in mehreren Sicherheitsinstitutionen wissenschaftlich-politikberatend tätig (Landespolizei Berlin, Planungsamt der Bundeswehr in München und Zentrum Informationsarbeit der Bundeswehr in Strausberg). Promoviert hat er am Lehrstuhl „Regierungslehre: Westliche Demokratien“ an der Universität Trier. Für seine Promotion im Bereich der Organisationsforschung erhielt er im Juni 2015 den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages.*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Nico Lange*

*Stv. Leiter der Hauptabteilung*

*Politik und Beratung und Leiter Team Innenpolitik*

*Telefon: +49(0)30/26996-3594*

*E-Mail: nico.lange@kas.de*

*Tobias Montag*

*Koordinator Innenpolitik*

*Team Innenpolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3377*

*E-Mail: tobias.montag@kas.de*

*Postanschrift:*

*Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*



## AKTUELLE PARTEIENMONITORE

- *Grabow, Karsten: SPD gibt Startschuss zur Bundestagswahl 2017: Wertekonferenz „Gerechtigkeit“ am 9. Mai 2016 im Willy-Brandt-Haus. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Hüsson, Falco: Aufruf zur Revolution? Marxismuskongress 2016. Berlin, 5. bis 8. Mai 2016. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Montag, Tobias: „Niemals wieder Funktionspartei“. Der 67. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 23. bis 24. April 2016. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Fislage, Franziska / Grede, Chantal: Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Positionen der Parteien und Spitzenkandidaten zur Landtagswahl. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Fislage, Franziska / Grede, Chantal: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016. Positionen der Parteien und Spitzenkandidaten zur Landtagswahl. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Fislage, Franziska / Grede, Chantal: Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2016. Positionen der Parteien und Spitzenkandidaten zur Landtagswahl. – Berlin: KAS, 2016.*
- *Montag, Tobias: Ein Jahr linker Ministerpräsident in Thüringen. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Grabow, Karsten: Zwischen Selbstvergewisserung und Kursbestimmung. Bericht vom ordentlichen Bundesparteitag der SPD in Berlin, 10.-12. Dezember 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Fislage, Franziska: PODEMOS – Können sie es wirklich? – Berlin: KAS, 2015.*
- *Lange, Nico / Montag, Tobias: Stadtluft macht frei – von der Partei? Die CDU und das „Großstadtproblem“. – Berlin: KAS, 2015.*

- *Grabow, Karsten: Kleine Parteien im Europäischen Parlament. Ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie? – Berlin: KAS, 2015.*
- *Fislage, Franziska: Vaterlose Linke. Parteitag DIE LINKE. Bielefeld, 6. bis 7. Juni 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Feltes, Tilmann: Ist Marx wirklich muss? DIE LINKE zwischen Klassenkampf und Regierungsbeteiligung. Marxismus-Kongress Berlin, 14. bis 17. Mai 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Montag, Tobias: Organisiert aus der Krise. Der 66. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 15. bis 17. Mai 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Fislage, Franziska: „Wir sorgen für Bewegung“. Bundesparteitag der ÖVP. Wien, 12. und 13. Mai 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Fislage, Franziska: Bürgerschaftswahl in Bremen 2015. Positionen der Parteien zur Bürgerschaftswahl. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Montag, Tobias: „Hamburg gibt die Richtung vor“? Die FDP nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Fislage, Franziska: Bürgerschaftswahl in Hamburg. Positionen der Parteien zur Bürgerschaftswahl. – Berlin: KAS, 2015.*
- *Lange, Nico: Lucke ist alternativlos. 3. Parteitag der „Alternative für Deutschland“ vom 30.01.-01.02.2015. – Berlin: KAS, 2015.*

**Die Parteienmonitore sind zu beziehen unter [janina.wichert@kas.de](mailto:janina.wichert@kas.de)**







Konrad  
Adenauer  
Stiftung



[www.kas.de](http://www.kas.de)